

Offen im Denken

Fakultät

für Bildungswissenschaften

Institut

für Berufs- und Weiterbildung

Fachgebiet

Erwachsenenbildung/Politische Bildung

Prof. Dr. Helmut Bremer

Dipl. Päd. Felix Ludwig

unter Mitarbeit von Greta Schanzmann

Abschlussbericht der wissenschaftlichen Begleitung des Projektes

„Jugend für Politik gewinnen“

Laufzeit 01.01.2015-31.08.2015

September 2015



Inhalt

0	Zusammenfassung	3
1	Einleitung	5
1.1	Projekthintergrund.....	5
1.2	Projektarchitektur	8
1.3	Projektvorstellungen	9
1.3.1	Luisenschule Bielefeld: Stadtführungen und Stadtführer	9
1.3.2	Herbert-Grillo-Gesamtschule Duisburg-Marxloh: Schulumfeld und Stadtentwicklung	10
1.3.3	Heinrich-Böll-Gymnasium Troisdorf: Sicherheitspolitik und Befragung Jugendlicher.....	11
2	Anlage der wissenschaftlichen Begleitung	14
3	Quantitativer Projektteil	17
3.1	Anlage der Untersuchung	17
3.2	Soziale Lage	17
3.3	Einstellungen zu Politik und Partizipation	18
3.3.1	Bereitschaft zu politischer Partizipation im engeren Sinne	18
3.3.2	Haltungen zur Politik	20
3.3.3	Bereitschaft zu politischer Partizipation im weiteren Sinne	21
3.4	Erfahrungen mit dem Projekt.....	22
4	Qualitativer Projektteil.....	24
4.1	Teilnehmende Beobachtungen	24
4.1.1	Herbert-Grillo-Gesamtschule Duisburg-Marxloh: Besuch im Landtag	24
4.1.2	Heinrich-Böll-Gymnasium Troisdorf: Begegnung mit Jugendvertreter_innen.....	26
4.2	Interviews mit beteiligten Politiker_innen.....	32
4.2.1	Interview mit einer Troisdorfer Lokalpolitikerin	33
4.2.2	Interview mit einem Duisburger Lokalpolitiker.....	36
4.3	Vergleich der Interviews	41
4.4	Schlussfolgerungen	42
5	Zusammenfassung und Empfehlungen	44
6	Literatur	47
7	Anhang	48
7.1:	Fragebogen für Teilnehmende.....	48
7.2	Fragebogen für Nicht-Teilnehmende	51
7.3	Leitfaden für Politiker_inneninterviews.....	53

0 Zusammenfassung

Das Projekt „Jugend für Politik gewinnen“ startete im Schuljahr 2013/2014 und wurde im 2014/2015 fortgesetzt. Es wurden an drei verschiedenen Standorten von jeweils einer Schule und einer Institution der außerschulischen politischen Bildung gemeinsam Projekte mit einer Gruppe von Schüler_innen durchgeführt.

Im Verhältnis von Jugend und Politik wird oft das geringe politische Interesse Jugendlicher (häufig abgeleitet aus geringer Wahlbeteiligung und seltener Mitgliedschaft in Parteien) beklagt. Erklärt wird das häufig mit einer mehr oder weniger großen Distanz zwischen den Themen und Akteur_innen des politischen Feldes einerseits und der Lebenswelt junger Menschen andererseits. Dazu kommt noch, wie verschiedene Untersuchungen zeigen, dass sich das politische Interesse junger Menschen je nach Milieuzugehörigkeit vordergründig stark unterscheidet, sich jedoch auch bei benachteiligten Jugendlichen politische Haltungen und Vorstellungen finden lassen („unsichtbares Politikprogramm“, Calmbach u.a. 2012). Hier setzt das Projekt an, indem es einen Rahmen schafft, in dem sich junge Menschen mit selbstgewählten Themen beschäftigen und mit politischen Akteur_innen in Kontakt kommen können.

Die wissenschaftliche Begleitung der Universität Duisburg-Essen fokussierte ausgehend von diesen Annahmen mit quantitativen und qualitativen Methoden einerseits die Haltungen junger Menschen etwa zu verschiedenen politischen Partizipationsformen und dem möglichen Einfluss der Projekte darauf. Andererseits wurde auf die Begegnungen der Schüler_innen mit politischen Institutionen und Akteur_innen des politischen Feldes sowie auf die Sichtweisen von am Projekt beteiligten Politiker_innen geblickt. (Die Sichtweisen der Schüler_innen standen stärker im Mittelpunkt der wissenschaftlichen Begleitung im Schuljahr 2013/2014).

Die wichtigsten Ergebnisse im Überblick:

1. Die Projekte haben wahrscheinlich einen deutlichen Effekt auf die Nähe junger Menschen zu verfassten und nicht-verfassten Formen der politischen Partizipation. Dies dürfte mit der Anlage des Projektes zusammenhängen, sich in einem günstigen pädagogisch begleiteten Rahmen mit selbst als wichtig erachteten Themen auseinandersetzen zu können.

2. Jugendliche aus eher niedrigen sozialen Positionen profitierten offenbar in besonderem Maße von dem Projekt und der bedürfnisgerechten Form von Ansprache, Durchführung und lebensweltlichen Anknüpfungspunkten.
3. Bei der Begegnung mit politischen Akteur_innen und Institutionen lassen sich neben Interesse auch Fremdheitserfahrungen und Distanzen beobachten. Diese machen eine intensive und langfristige pädagogische Begleitung und Ausgestaltung notwendig.
4. Die beteiligten Politiker_innen haben ein hohes Interesse am Kontakt mit jungen Menschen. Jedoch zeigen sich auch Distanzen zu den beteiligten Jugendlichen, beispielsweise was die familiäre politische Sozialisation oder das Herkunftsmilieu angeht. Diese Distanzen sind in der Regel nicht intendiert, gleichwohl aber wirksam.
5. Für das Erreichen nachhaltiger Effekte zur Verringerung der Distanz zwischen jungen Menschen und Politik erscheint zum einen eine authentische Öffnung der Politik für die Beteiligung Jugendlicher, zum anderen eine intensive und stetige Ausgestaltung des Kontaktes notwendig.

1 Einleitung

Das Projekt, auf das sich dieser Bericht bezieht, setzt die Aktivitäten fort, die im Schuljahr 2013/2014 begonnen wurden. Es wurde im Schuljahr 2014/2015 mit den gleichen teilnehmenden Institutionen durchgeführt. Ziel des Projektes ist es, die häufig konstatierte Distanz insbesondere zwischen jungen Menschen und der Politik ‚im engeren Sinne‘ zu bearbeiten.

1.1 Projekthintergrund

Der fachwissenschaftliche Kontext wurde im Bericht der wissenschaftlichen Begleitung zur ersten Projektphase bereits dargestellt (vgl. Bremer/Ludwig 2014: 10-17); er wird deshalb hier nur knapp umrissen.

- Ausgangspunkt ist die oft festgestellte zunehmende Distanz zwischen Bevölkerung und verfasster Politik, die etwa mit Begriffen wie „Krise der Politik“, „Krise der politischen Repräsentation“, „Krise der Demokratie“ oder auch „Postdemokratie“ auf den Punkt gebracht wird (vgl. Vester 2001, Neugebauer 2007, Zeuner 2010, Crouch 2008). Diese Phänomene treffen zwar auch für die Bevölkerung insgesamt zu, werden jedoch bei Jugendlichen verstärkt festgestellt und als besonders bedeutungsvoll beschrieben (exemplarisch Shell-Jugendstudie; Schneekloth 2010).
- Verschiedentlich konnte jedoch gezeigt werden, dass Jugendliche (einen weiten Politikbegriff vorausgesetzt) zumeist keineswegs politisch desinteressiert sind. Vielmehr ist die festgestellte Distanz als Folge eines „Entfremdungsprozesses“ zu sehen, so dass sich zwischen Jugend und Politik eine Art „Verständigungsproblem“ eingestellt hat. Insofern ist diese Distanz wechselseitig zu verstehen
- In der Folge ist es für Jugendliche oft schwierig, ihre Vorstellungen und Haltungen in den politischen Prozess einzubringen.
- Theoretisch gefasst werden kann diese Distanz mit dem Begriff des „politischen Feldes“ (Bourdieu 2001). Dieses Feld ist der Ort, an dem die Politik ‚im engeren Sinne‘ stattfindet, wo Entscheidungen ausgehandelt und politische Diskurse organisiert werden. Zugleich wird hier bestimmt, welche Themen als

politisch gelten und welche Menschen befugt sind bzw. sich als befugt sehen, an diesem Prozess teilzuhaben. Kennzeichnend sind Prozesse des Ein- und Ausschlusses, für die sich besonders die Trennung in „politische Expert_innen“ und „politische Laien“ als relevant erweisen, und bei denen Selbst- und Fremdausschluss sich überlagern können (vgl. etwa Bremer 2008, mit Bezug auf die wissenschaftliche Begleitung Bremer/Ludwig 2015).

Für das Projekt „Jugend für Politik gewinnen“ stehen diese Annahmen im Hintergrund. Ableiten lässt sich:

- Jugendlichen fehlt häufig eine lebensweltliche Anknüpfungsmöglichkeit an politische Prozesse; Politik erscheint oft als „fremde Welt“ („Auswärtsspiel“)
- Jugendliche verfügen dennoch über politische Meinungen und Haltungen¹
- diese Phänomene sind in hohem Maße von sozialen und kulturellen Faktoren mit bestimmt
- auch Politiker_innen sind die Lebenswelten Jugendlicher fremd; zwischen Jugend und Politiker_innen gibt es also wenig Berührungspunkte

Zentrales Anliegen des Projektes ist es demnach, Schritte zu unternehmen, um diese Distanz zwischen Jugend und Politik zu überbrücken. Dazu sollen einerseits in Zusammenarbeit von Schulen und Trägern außerschulischer Jugendbildung partizipative, lebensweltlich bedeutsame Projekte entwickelt werden, in denen Schüler_innen politische Selbstwirksamkeitserfahrungen machen können. Andererseits sollen in diese Projekte auch direkte Begegnungen von Jugend mit verfasster Politik sowie mit politischen Entscheidungsträger_innen eingebaut werden.

In der ersten Projektphase konzentrierte sich die wissenschaftliche Begleitung zum einen auf beobachtbare Effekte, die durch die Projektaktivitäten vor Ort ausgelöst wurden, in dem standardisiert und im Längsschnitt nach Veränderungen politischer

¹Dies zeigte sich etwa auch in den qualitativen Erhebungen der vorherigen wissenschaftlichen Begleitung (vgl. Bremer/Ludwig 2014: 34ff.)

Meinungen, Einstellungen und Selbstwirksamkeitsüberzeugungen im Projektverlauf gefragt wurde. Zum anderen ging es im Rahmen qualitativer Erhebungen darum, latente und manifeste politische Dispositionen, Interessen und Haltungen Jugendlicher zu explorieren, um hinter die „Oberflächenerscheinung“ der Politikdistanz zu blicken.

Die wesentlichen Ergebnisse der wissenschaftlichen Begleitung dieser Projektphase waren (vgl. ausführlich Bremer/Ludwig 2014):

1. Die an den Standorten durchgeführten Projekte haben durchweg einen erkennbaren Effekt in Bezug auf eine stärkere Mobilisierung und Sensibilisierung für Fragen der Politik.
2. Wichtig war dafür, dass die Projekte so angelegt waren, dass die teilnehmenden Schüler_innen die Inhalte selbst mit bestimmen konnten. Dadurch konnten politische Themen bearbeitet werden, die lebensweltliche Relevanz haben und subjektiv mit Bedeutung und Sinn besetzt sind.
3. In allen drei Projekten ist es gelungen, die Schüler_innen und Politiker_innen in einen Diskussionsprozess zu bringen und zu einem gegenseitigen Verstehen beizutragen.
4. Weiterhin bedeutsam war, dass die Projekte an den Standorten einen Kontrast zum normalen Unterricht darstellten (besonders: Exkursionen), etwa in Bezug auf eine andere Zeittaktung, den Lernort, die Methoden, die pädagogisch Handelnden und generell den pädagogischen Umgang.
5. Die Bedeutung der sozialen und kulturellen Ungleichheit von Jugendlichen spielte bei allen Prozessen eine erhebliche Rolle. Inhalte, Formen und Methoden müssen eine „Passung“ zum Milieu der beteiligten Schüler_innen haben.

Die wissenschaftliche Begleitung der zweiten Projektphase knüpft an die Ergebnisse und Erfahrungen der ersten Projektphase an. Ging es darin vor allem um die Perspektive der Jugendlichen und deren Wahrnehmung von Politik, so wurde ausgehend von dem unterstellten wechselseitigen „Verständigungs-“ und „Entfremdungsproblem“ in der zweiten Projektphase folgendes fokussiert:

- (1) die Begegnungen von Jugend und Politik selbst;
- (2) die Perspektiven der Politiker_innen auf Jugend und Projekterfahrungen;

(3) Perspektiven auf Politik, Politiker_innen und Erfahrungen mit dem Projekt bei Schüler_innen (wobei je nach Zusammensetzung der Teilnehmendengruppe hierbei auch Veränderungen im Vergleich zur ersten Projektphase erfasst werden können);

(4) kontrastierender Vergleich mit gleichaltrigen Schüler_innen, die nicht am Projekt teilnehmen.

Ein Problem bei der wissenschaftlichen Begleitung war, dass sie erst relativ spät (im Januar 2015) beginnen konnte, so dass die Startphase nicht beobachtet und somit auch Veränderungen im Projektverlauf nicht exploriert werden konnten. Insbesondere der Vergleich mit einer Gruppe von nicht-teilnehmenden Schüler_innen sollte dennoch bedingt Aufschluss über Effekte der Teilnahme am Projekt geben.

1.2 Projektarchitektur

Anknüpfend an die vorherige Phase des Projektes ‚Jugend für Politik gewinnen‘ fand die Umsetzung an drei verschiedenen Schulen jeweils in Kooperation mit einem Träger der außerschulischen politischen Bildung statt, wobei unterschiedliche Methoden und Inhalte thematisiert wurden. Die Umsetzung war dabei unterschiedlich stark in das übliche Unterrichtsgeschehen eingebettet und erfolgte mit Unterstützung der Träger der politischen Bildung. Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über die an den verschiedenen Standorten durchgeführten Projekte

Ort	Schule	Jg.-Stufe	Träger der politischen Bildung	Thema
Bielefeld	Luisenschule (Realschule)	9	Haus Neuland	Stadtführungen und Stadtführer
Duisburg	Herbert-Grillo-Gesamtschule	9/10	Aktuelles forum nrw	Schulumfeld und Stadtentwicklung
Trosdorf	Heinrich-Böll-Gymnasium	10	v.f.h.-Junge Erwachsene machen Politik (JumP)	Politische Haltungen Jugendlicher und Freizeitmöglichkeiten
Trosdorf	Heinrich-Böll-Gymnasium	12	v.f.h.-Junge Erwachsene machen Politik (JumP)	Außen- und Sicherheitspolitik

Die wissenschaftliche Begleitung des Projektes lag bei der Universität Duisburg-Essen (Fachgebiet Politische Erwachsenenbildung). Daneben gab es einen Steuerungskreis, in dem neben den Trägern der außerschulischen politischen Bildung und der Schulen auch die Landeszentrale für politische Bildung sowie die wissenschaftliche Begleitung vertreten waren. Im Steuerungskreis wurde der Projektverlauf diskutiert und analysiert.

1.3 Projektvorstellungen

Die Vorstellungen der einzelnen Projekte sollen einen Überblick über die Rahmen im Projekt ‚Jugend für Politik gewinnen‘ stattgefundenen Aktivitäten geben und diese würdigen. Sie basieren auf (Telefon-)interviews mit pädagogischen Mitarbeitenden, die nach Abschluss der Durchführungsphase geführt wurden und auf Materialien, die der wissenschaftlichen Begleitung zur Verfügung gestellt wurden.

1.3.1 Luisenschule Bielefeld: Stadtführungen und Stadtführer

Das Projekt an der Luisenschule wurde von einem pädagogischen Mitarbeiter der Sportjugend (diese kooperiert im offenen Ganztage mit der Schule) mit Unterstützung durch eine Mitarbeiterin des Haus Neuland durchgeführt.

Thematisch beschäftigten sich die Teilnehmenden insbesondere mit Möglichkeiten der Freizeitgestaltung in ihrer Stadt. Zu diesem Zweck wurden Lokalpolitiker_innen gebeten, die Jugendlichen mit auf eine Stadtführung zu nehmen, bei der die Politiker_innen den Jugendlichen bestimmte Orte zeigten, die sie für wichtig für junge Menschen in der Stadt hielten. Dabei wurde durch die Politiker_innen auch auf historische Entwicklungen und ihre Bedeutung insbesondere für junge, kürzlich eingewanderte Menschen eingegangen. Dies schärfte auch den Blick der Teilnehmenden im Hinblick auf die Zielgruppe eines erstellten Stadtführers für vor kurzem eingewanderte junge Menschen.

Der Bedarf dafür ergab sich unter anderem auch durch die Einrichtung von internationalen Klassen an der Schule, in denen kürzlich zugewanderte Jugendliche unterrichtet werden. Daher wurde das Erstellen des Stadtführers als eine Möglichkeit gesehen, den neu Zugezogenen das Zurechtfinden in der Stadt zu erleichtern und über kostengünstige Möglichkeiten der Freizeitgestaltung zu informieren. Vermutlich hatte das für die Teilnehmenden selbst auch den Effekt, ihre Stadt besser kennenzulernen. In dem Stadtführer werden in leicht verständlicher Sprache etwa die eigene Schule,

Sehenswürdigkeiten der Stadt, von Jugendlichen häufig aufgesuchte Orte und Jugendzentren, aber etwa auch der Weg zur Ausländerbehörde, vorgestellt und beschrieben.

Inhaltsverzeichnis



Vorwort	Seite 3
Unser Lernort – Die Luisenschule	Seite 4
Must See – Sehenswürdigkeiten und zentrale Orte in Bielefeld	Seite 6
Raus geht's! – Sport- und Freizeitangebote	Seite 10
For you – Orte (nur) für Jugendliche	Seite 14
Infos & Co. – Anlaufstellen	Seite 16
Hinweise zur verwendeten Texten und Bildern	Seite 18
Verzeichnis aller Orte, alphabetisch	Seite 19

Willkommen in Bielefeld

- Ein Stadtführer von Jugendlichen für Jugendliche -

2

Deckblatt und Inhaltsverzeichnis einer Vorab-Version des Stadtführers

Für die Zukunft ist geplant, mit den Schüler_innen der internationalen Klassen stärker das Gespräch zu suchen und auch die Schüler_innenvertretung mit einzubeziehen. Angedacht ist auch ein Paten/Patinnen-System zur Unterstützung der neuen Schüler_innen.

Das Projekt eröffnete für die Jugendlichen einerseits die Möglichkeit, ihr eigenes Umfeld besser kennen zu lernen, und zugleich solidarisch den durch ihre Zuwanderung herausgeforderten Schüler_innen Wege zu mehr Teilhabe in der Stadt aufzuzeigen.

1.3.2 Herbert-Grillo-Gesamtschule Duisburg-Marxloh: Schulumfeld und Stadtentwicklung

Das Teilprojekt wurde an der Herbert-Grillo-Gesamtschule wie auch im Jahr zuvor kontinuierlich von zwei pädagogischen Mitarbeiterinnen des aktuellen forums nrw durchgeführt. Die Teilnahme war freiwillig, wobei sie im ersten Halbjahr Teil des Wahlpflichtbereiches war, aber im zweiten Halbjahr geöffnet wurde, so dass sie auch für Teilnehmende des vorangegangenen Schuljahres offen war. Von deren Erfahrungen profitierte nach Aussagen einer Mitarbeiterin das Projekt.

Inhaltlich setzte man sich weiterhin mit der Gestaltung des Schulumfeldes auseinander. Wichtig war den Schüler_innen ein Treffpunkt für ihre Freizeit, wobei ihnen besonders der Aspekt der Sicherheit wichtig war. Eine große Herausforderung stellte dabei die Orientierung im komplexen Prozess der Entwicklung des Stadtteils und der Schule unter Einbezug zahlreicher Akteure (unter anderem auch der Schulleitung) dar. Dabei erschien insbesondere der Umgang mit einer Vielzahl an vorhandenen und unterschiedlichen Informationen schwierig. Dadurch bewegten sich die Teilnehmenden offenbar häufig zwischen Euphorie aufgrund erhoffter Möglichkeiten und Enttäuschung aufgrund struktureller Hemmnisse. Dies musste pädagogisch aufgefangen werden.

Es eröffneten sich vielfältige Möglichkeiten des politischen Lernens, etwa durch das Ergreifen des Wortes in einer Bürger_innenversammlung oder durch das Zusammenreffen mit dem örtlichen Bundestagsabgeordneten, der den Teilnehmenden offenbar durch sein geringes Alter und seine Zuwanderungsgeschichte auch als ein geeignetes Vorbild erschien. Im Zusammentreffen mit ihm ergab sich einerseits die Chance, die eigenen Wünsche und Probleme zu artikulieren, andererseits aber auch ein Blick ‚hinter die Kulissen‘ des politischen Betriebes. So konnte er etwa durch einen Telefonanruf dafür sorgen, dass die Jugendlichen mit in den Prozess der Stadtentwicklung einbezogen wurden, was zuvor schwierig war. Dies hätte möglicherweise genutzt werden können, reale Prozesse und Machtstrukturen zu thematisieren. Ein Beispiel der politischen Aktivierung hin zur Teilnahme an institutionalisierter Politik zeigt sich exemplarisch in der erklärten Absicht eines Schülers, sich an seinem neuen Wohnort bei den Jusos engagieren zu wollen.

Die Mitarbeitenden des aktuellen Forums berichteten vor allem von einer hohen Motivation der Teilnehmenden, die sich auch durch Rückschläge offenbar nicht leicht abschrecken lassen und auch von als positiv bewerteten Aspekten der persönlichen Entwicklung der Teilnehmenden.

1.3.3 Heinrich-Böll-Gymnasium Troisdorf: Sicherheitspolitik und Befragung Jugendlicher
Am Heinrich-Böll-Gymnasium Troisdorf wurde das Projekt ‚Jugend für Politik gewinnen‘ in zwei verschiedenen Gruppen mit je eigenen Themensetzungen durchgeführt: Zum einen als Fortführung des Ansatzes von jungen Menschen als Politikberater_innen mit der gleichen Gruppe wie im Schuljahr zuvor (nunmehr in der Jahrgangsstufe 12), zum anderen mit zwei Gruppen der Jahrgangsstufe 9. Der Projektverlauf

war jeweils in den schulischen Unterricht eingebettet, wozu noch ergänzende Angebote mit Unterstützung des vfh kamen.

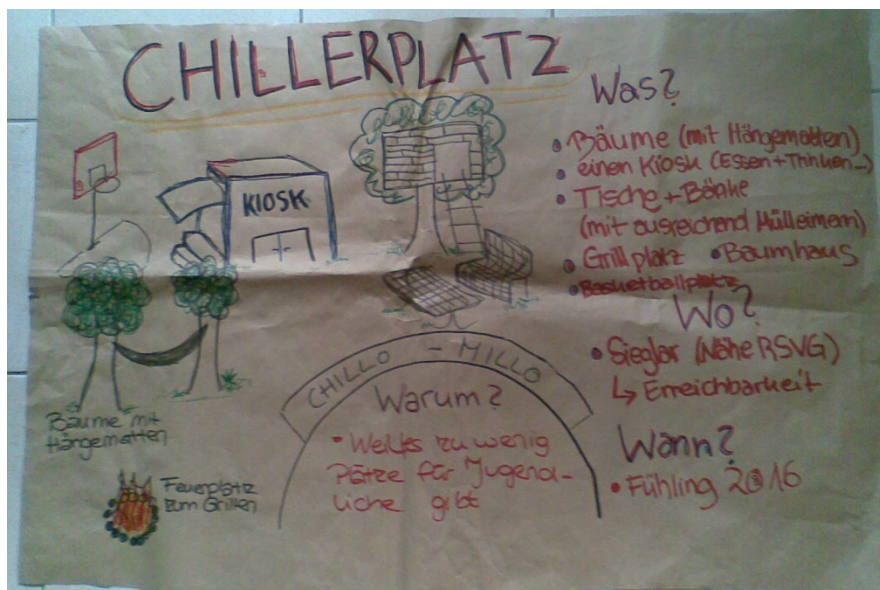
Die Gruppe ‚Politikberatung‘ orientierte sich dabei an den Vorgaben zur thematischen Gestaltung des Unterrichtes und beschäftigte sich mit internationaler Politik, insbesondere der Außen-/und Sicherheitspolitik. Zum Einstieg wurde eine Gesprächsrunde mit einem örtlichen Mitglied des Bundestages zum Thema geführt, das sich an den zuvor abgefragten Interessen der Teilnehmenden orientierte. Im Anschluss an dieses offenbar von beiden Seiten sehr positiv aufgenommene Gespräch bildeten sich drei Arbeitsgruppen zu den Themen „Waffenhandel“, „Sollte Deutschland mehr Verantwortung übernehmen?“ und „Theorien der internationalen Politik im historischen Kontext und heute: Wie sollte internationale Politik gestaltet werden?“ Angestrebt wurde ein Treffen mit dem bereits involvierten Mitglied des Bundestages während einer thematischen Exkursion nach Berlin, das leider nicht zustande kam. Das führte zu erheblichen Enttäuschungen, die pädagogisch aufgefangen werden mussten, konnte jedoch auch zum Teil durch Kontakt mit einer Mitarbeiterin des Abgeordneten kompensiert werden. Flankierend wurde während der Exkursion noch an einer historischen Einbettung in die deutsche Geschichte gearbeitet. Während der Exkursion wurde des Weiteren eine Stadtführung von ‚Lobbyplanet‘, einem Angebot der NGO Lobbycontrol mit dem Fokus auf Rüstungsexporte, durchgeführt. In diesem Themenkomplex ordnete sich auch ein Planspiel zur Lieferung deutscher U-Boote an Israel ein. In Troisdorf wurde zusätzlich noch eine Diskussionsrunde mit einem Europaabgeordneten durchgeführt.

Über die Arbeit mit Schüler_innen der Jahrgangsstufe 12 wurde von besonderen Herausforderungen aufgrund der kurzen verbleibenden Zeit und der Bedeutung der Abiturprüfungen berichtet. Auch war offenbar teilweise ein gewisses Maß an aktivierendem pädagogischem Handeln notwendig, um den Einbezug der Interessen der Teilnehmenden gewährleisten zu können, wozu sich die gewählten Formate aber gut eigneten. In einer internen Evaluation des Projektes überwogen bei Weitem die positiven Rückmeldungen.

Die zweite Gruppe bestand aus Schüler_innen der Jahrgangsstufe 10 in zwei Grundkursen Sozialwissenschaften, von denen einige auch schon an der vorherigen Phase des Projektes teilgenommen hatten. Sie setzten sich mit den politischen Haltungen Jugendlicher und ihren Wünschen zur Gestaltung des städtischen Umfeldes ausei-

ander. Im Sinne des forschenden Lernens erarbeiteten sie einen Fragebogen, der teilweise an die Shell-Jugendstudien angelegt war und mit dem etwa praktizierte Formen des politischen Engagements und der Wahrnehmung der politischen Ordnung erhoben werden sollten. Die Befragung wurde mit ca. 200 jungen Menschen in Troisdorf durchgeführt, wobei Wert darauf gelegt wurde, unterschiedliche Schultypen mit zu berücksichtigen. Die Ergebnisse wurden aufbereitet und in den Kursen präsentiert.

Um auf die Möglichkeiten für junge Menschen, sich in politische Prozesse einzubringen, aufmerksam zu machen, wurde auf die Methode eines Planspiels zurückgegriffen. In diesem Szenario hatte eine fiktive Partei dem Jugendparlament nach ihrem Wahlsieg 50.000 € in Aussicht gestellt, falls ein gut geplantes Projekt zur Verbesserung der Lebensqualität junger Menschen in Troisdorf präsentiert werden kann. Dabei ergaben sich insbesondere Projektideen für attraktive Treffpunkte für Jugendliche, häufig mit Fokus auf die Möglichkeit der sportlichen Betätigung.



Beispiel einer Projektidee

In einer weiteren Annäherung an die verfasste Politik wurden diese Projektideen dann mit Vertreter_innen der von Jusos, Junger Union, Grüner Jugend und solid im Rahmen eines World Cafés präsentiert und in Kleingruppen thematisiert, was wiederum von beiden Seiten positiv aufgenommen wurde. Als positiv äußerten die Schüler_innen die Möglichkeit, mit Menschen ins Gespräch zu kommen, die sich in der Lokalpolitik gut auskennen. Auch auf der Seite der jungen Politiker_innen scheint es einen Effekt einer Erhöhung der Motivation junger Menschen, sich mit in die politi-

schen Prozesse einzubringen, gegeben zu haben (siehe etwa die Auswertung des Interviews mit der Vertreterin der jungen Union.)

2 Anlage der wissenschaftlichen Begleitung

Die wissenschaftliche Begleitung schloss sich an die vorherige an und umfasste sowohl qualitative als auch quantitative Methoden der empirischen Forschung. Insbesondere im qualitativen Teil wurde verstärkt auf die Seite der Politiker_innen im angenommenen Spannungsfeld von Jugendlichen und Politik fokussiert, indem Interviews mit Politiker_innen geführt und Begegnungen von Jugendlichen und mit diesen durch das Verfahren der Teilnehmenden Beobachtung in den Blick genommen wurden. Um einen abschließenden Überblick über die durchgeführten Aktivitäten zu erhalten, wurden gegen Ende der Projektlaufzeit noch Telefoninterviews mit Verantwortlichen der Bildungsträger an den jeweiligen Standorten geführt. Die Anlage der wissenschaftlichen Begleitung und erste Ergebnisse wurden auf Sitzungen des Steuerungskreises diskutiert.

Quantitative Erhebungen

Die quantitative Erhebung bestand zum einen aus der Befragung von Schüler_innen, die am Projekt teilnahmen. Sie wurde als Vollerhebung (n=53) zu Beginn und im Frühjahr des Jahres 2015 durchgeführt. Gefragt wurde mittels Fragebögen neben soziodemographischen Daten nach der Affinität zu verschiedenen Formen der politischen Partizipation und Haltungen der Schüler_innen sowie nach Erfahrungen mit dem Projekt.

Zum anderen wurden als Kontrast gleichaltrige Schüler_innen, die nicht am Projekt teilnahmen, (n=53) befragt. Der Fragebogen war (bis auf den Teil zu Projekterfahrungen) identisch. Dieser triangulierende Vergleich sollte Hinweise auf die Wirkung des Projektes ermöglichen.

Qualitative Erhebungen

Die qualitativen Erhebungen zielten darauf, Nähen, Distanzen und Berührungen zwischen Jugend und Politik exemplarisch zu analysieren, um dadurch Grundmuster dieses Beziehungsverhältnisses aufdecken zu können.

Teilnehmende Beobachtungen

Die teilnehmenden Beobachtungen hatten das Ziel zu explorieren, was passiert, wenn junge Menschen auf politische Entscheidungsträger_innen treffen oder sich in einer Institution der politischen Entscheidungsfindung bewegen. Es ging hier also zentral darum, „mit der Lupe“ auf die Prozesse zu blicken, in denen sich die Welten von Jugend und Politik als (vermeintlich) „fremd“ begegnen. Die beobachteten Ereignisse wurden nach Möglichkeit direkt schriftlich fixiert und nach Ende dieser zeitnah ein Beobachtungsprotokoll erstellt, das die Basis für die weitere Auswertung bildete.

Interviews mit Politiker_innen

Hier war das Ziel die Exploration der Perspektiven, Einschätzungen und Wahrnehmungen der in die Projekte eingebundenen Politiker_innen im Hinblick auf den Kontext Jugend und Politik und die Erfahrungen mit dem Projekt und den beteiligten Jugendlichen. Dazu wurden zwei leitfadengestützte Interviews (Leitfaden siehe Anhang mit Lokalpolitiker_innen durchgeführt.

Telefoninterviews

Diese hatten das Ziel, gegen Ende der Projektlaufzeit die Erfahrungen der für die Durchführung mitverantwortlichen Beschäftigten der Träger der außerschulischen politischen Bildung zu erheben.

Übersicht über Aktivitäten und Erhebungen im Rahmen der wissenschaftlichen Begleitung

Projektbeteiligte	Aktivitäten/Erhebungen
Luisenschule Bielefeld/Haus Neuland	Quantitative Erhebungen 26.03.2015 Telefoninterview 30.07.2015
Herbert Grillo-Gesamtschule/aktuelles forum nrw	Quantitative Erhebung 22.05.2015 Teilnehmende Beobachtung (Besuch im Landtag) 19.05.2015 Politikerinterview 17.05.2015 Interview mit päd. Mitarbeiterin: 03.09.2015 Telefoninterview: 10.09.2015
Heinrich-Böll-Gymnasium/vfh-JumP	Quantitative Erhebung: 13.05.2015 Teilnehmende Beobachtung (Treffen mit Politiker_innen): 12.05.2015 Politikerinneninterview: 17.07.2015 Telefoninterview: 08.09.2015
Landeszentrale für politische Bildung	Steuerungskreis: 16.03.2015/29.05.2015

3 Quantitativer Projektteil

3.1 Anlage der Untersuchung

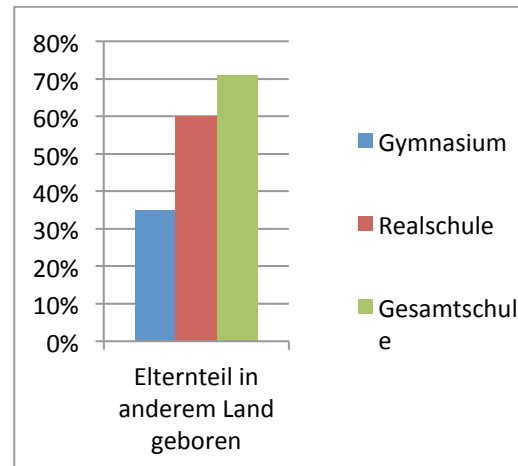
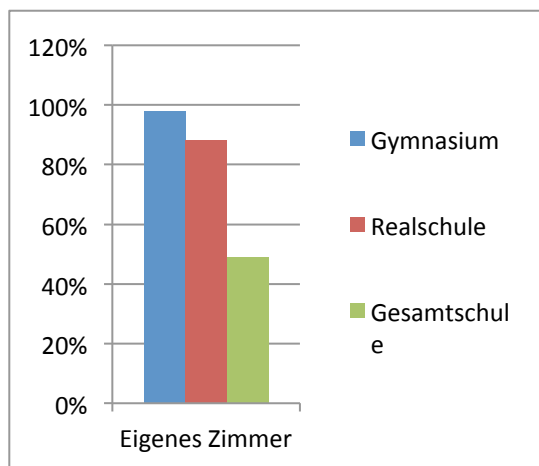
Im quantitativen Teil der wissenschaftlichen Begleitung des Projektes ‚Jugend für Politik gewinnen‘ sollten mögliche Wirkungen der an den drei Standorten durchgeführten Projektteile festgestellt werden. Durchgeführt wurden diese Erhebungen zu Beginn des Jahres 2015, wobei sowohl die Teilnehmenden am Praxisprojekt als auch (als Kontrastgruppe) jeweils eine Gruppe von Nicht-Teilnehmenden der jeweiligen Schule befragt wurden. Die eingesetzten Fragebögen (siehe Anhang) waren dabei im Hinblick auf Fragen zur sozialen Lage, zu politischen Einstellungen und zur Affinität zu verschiedenen politischen Handlungsformen identisch. Die Teilnehmenden wurden zusätzlich noch zu ihren Erfahrungen mit dem Projekt befragt. Insgesamt nahmen 106 Schüler_innen an der Befragung teil, 53 Teilnehmende und 53 Nicht-Teilnehmende. Es ist anzumerken, dass die befragten Nicht-Teilnehmenden durchschnittlich etwas jünger waren (durchschnittlich 15,2 Jahre gegenüber 15,5). Das Geschlechterverhältnis war bei Teilnehmenden und Nicht-Teilnehmenden nahezu ausgeglichen.

3.2 Soziale Lage

Insgesamt findet sich erwartungsgemäß ein starker Zusammenhang zwischen der besuchten Schule und der sozialen Lage.

Die Gruppe der Teilnehmenden verteilte sich wie folgt auf die drei am Projekt beteiligten Schulformen: 42% besuchen ein Gymnasium, 40% eine Gesamtschule und 19% die Gesamtschule. Die Nicht-Teilnehmenden besuchten zu 40% das Gymnasium, zu 32% die Realschule und zu 28% die Gesamtschule. Bezüglich soziodemographischer Merkmale der Schüler_innen gibt es deutliche Unterschiede zwischen den Schulen bzw. Projektstandorten. So war bei 35% der Gymnasiast_innen mindestens ein Elternteil nicht in Deutschland geboren worden, bei den Realschüler_innen war dies bei 60% und bei den Gesamtschüler_innen bei 71% der Befragten der Fall. Auch im Hinblick auf die Frage nach einem eigenen Zimmer, was hier ein Stück weit als ein Hinweis auf die ökonomische Situation der Familie verwendet wird, zeigen sich deutliche Unterschiede. Während bei den Gymnasiast_innen und den Realschü-

ler_innen jeweils über 80% der Befragten über ein eigenes Zimmer verfügen, sind dies bei den befragten Gesamtschüler_innen nur 50%. Die Größenordnungen der Ergebnisse decken sich mit denen der vorangegangenen wissenschaftlichen Begleitung (vgl. Bremer/Ludwig 2014: 22ff.)



3.3 Einstellungen zu Politik und Partizipation

Eingeleitet wurde dieser Fragekomplex mit der Frage:

„Angenommen Du möchtest politisch in einer Sache, die Dir wichtig ist, Deine Meinung zum Ausdruck bringen. Welche Möglichkeiten kommen für Dich in Frage und was hast Du schon getan?“

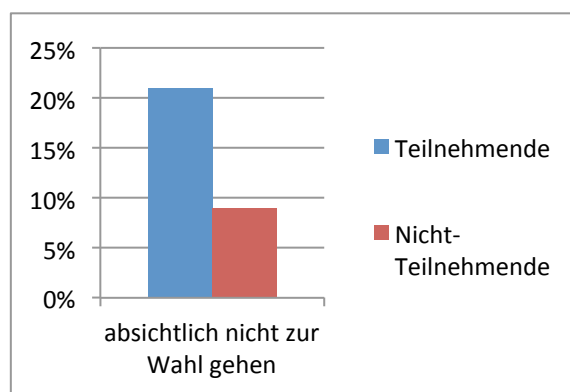
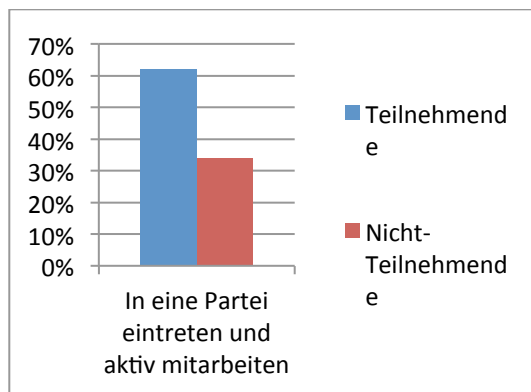
Daran anschließend wurden verschieden Arten der politischen Willensäußerung oder Einflussnahme vorgestellt mit den Antwortmöglichkeiten: „Habe ich schon gemacht“, „könnte ich mir vorstellen“, „würde ich nicht tun“, „ich weiß nicht was das ist“. Diese Fragen wurden auch in der vorangegangenen wissenschaftlichen Begleitung verwendet.

3.3.1 Bereitschaft zu politischer Partizipation im engeren Sinne

Die Bereitschaft, sich an Wahlen zu beteiligen, ist ohne großen Unterschied bei beiden Gruppen sehr hoch und liegt leicht über 90%. Eine bedingte Ausnahme bilden die Gesamtschüler_innen (86% bei den Teilnehmer_innen/ 71% bei den Nicht-

Teilnehmenden). Bedeutend ist der Unterschied bei der Bereitschaft, sich als politisches Mittel absichtlich *nicht* an Wahlen zu beteiligen: Können sich dies von den Nicht-Teilnehmenden nur 9% vorstellen oder haben dies schon getan, sind dies bei den Teilnehmenden 21%. Dies kann möglicherweise in einem stärkeren Einblick in die Bedeutung von Wahlen/Stimmen für die Legitimation politischer Entscheidungsträger_innen begründet sein, in gewisser Weise also ein Indiz für eine begründete und entschiedene Urteilsbildung. Eine Erhöhung der Bereitschaft, auch die Wahlenthaltung als ein mögliches politisches Mittel politischen Handelns zu sehen fand sich auch bei der wissenschaftlichen Begleitung der ersten Projektphase (Bremer/Ludwig 2014: 26).

Sehr groß ist der Unterschied bei der Bereitschaft, in eine Partei einzutreten und dort aktiv mitzuarbeiten: 62% der Teilnehmenden können sich dies vorstellen oder haben es schon getan, aber nur 34% der Nicht-Teilnehmenden. Letzterer Wert entspricht ungefähr den Ergebnissen der Befragung der Teilnehmenden in der ersten Welle (32%) bei der ersten Projektphase (vgl. Bremer/Ludwig 2014: 25f.). Dieser starke Effekt im Hinblick auf die Affinität zur Mitarbeit in Parteien kann möglicherweise auf die an allen drei Standorten durchgeführten und pädagogisch begleiteten Begegnungen und Zusammenarbeit mit politischen Entscheidungsträger_innen zusammenhängen, was möglicherweise zu einem Abbau von Vorbehalten und größerem Glauben an die Sinnhaftigkeit parteipolitischer Arbeit geführt hat. So gaben 91% der Teilnehmenden an, im Projektverlauf mit Politiker_innen zusammen getroffen zu sein, deren Interesse für das Projekt und Hilfe beim besseren Verständnis politischer Zusammenhänge ganz überwiegend positiv bewertet wurden. Erstaunlicherweise ist bei beiden Gruppen die Bereitschaft, Briefe an Politiker_innen zu schreiben, sehr hoch (über 40%) und unterscheidet sich kaum. Diese lag in der ersten Projektphase bei der ersten Runde der Befragung mit 26% deutlich niedriger und stieg auf 40%.



3.3.2 Haltungen zur Politik

Bei der Beantwortung der Fragen, wer in ihrer Stadt und in der Gesellschaft insgesamt bestimmt, der Einschätzung der eigenen Einflussmöglichkeiten und der Wichtigkeit der Politik in der eigenen Lebensführung zeigen sich insgesamt keine großen Unterschiede zwischen den Gruppen der Teilnehmenden und Nicht-Teilnehmenden.

Bei den Gesamtschüler_innen wurde der Einfluss der Bevölkerung auf gesamtgesellschaftliche Prozesse und die Rolle des/der Bürgermeister_in durch die Teilnehmenden höher eingeschätzt, die der Unternehmen (lokal) und Banken (Gesamtgesellschaft) geringer.

Bei den Gymnasiast_innen ist der Glaube an die eigenen Einflussmöglichkeiten bei den Teilnehmenden deutlich stärker ausgeprägt. Die Annahme, dass es egal ist, welche Partei regiert, ist bei den Teilnehmenden deutlich weniger verbreitet.

Die teilnehmenden Realschüler_innen sehen gesamtgesellschaftlich die Regierung als deutlich weniger gestaltungsmächtig an und schätzen sowohl Banken und Unternehmen, aber auch die Einwohner_innen häufiger als bestimmend ein. Auf lokaler Ebene wird von ihnen der Stadtrat offenbar als wichtiger erachtet. Auch die Einschätzung, dass es nicht egal sei, welche Partei regiert, ist bei den Teilnehmenden deutlich weiter verbreitet.

Insgesamt lässt sich also als leichte Tendenz sagen, dass die Höhe der sozialen Position mit der subjektiven Einschätzung größerer politischer Selbstwirksamkeit korreliert und die Teilnehmenden an den Projekten die Gestaltungsmöglichkeit verfasster Politik höher vermuten als die Nicht-Teilnehmenden.

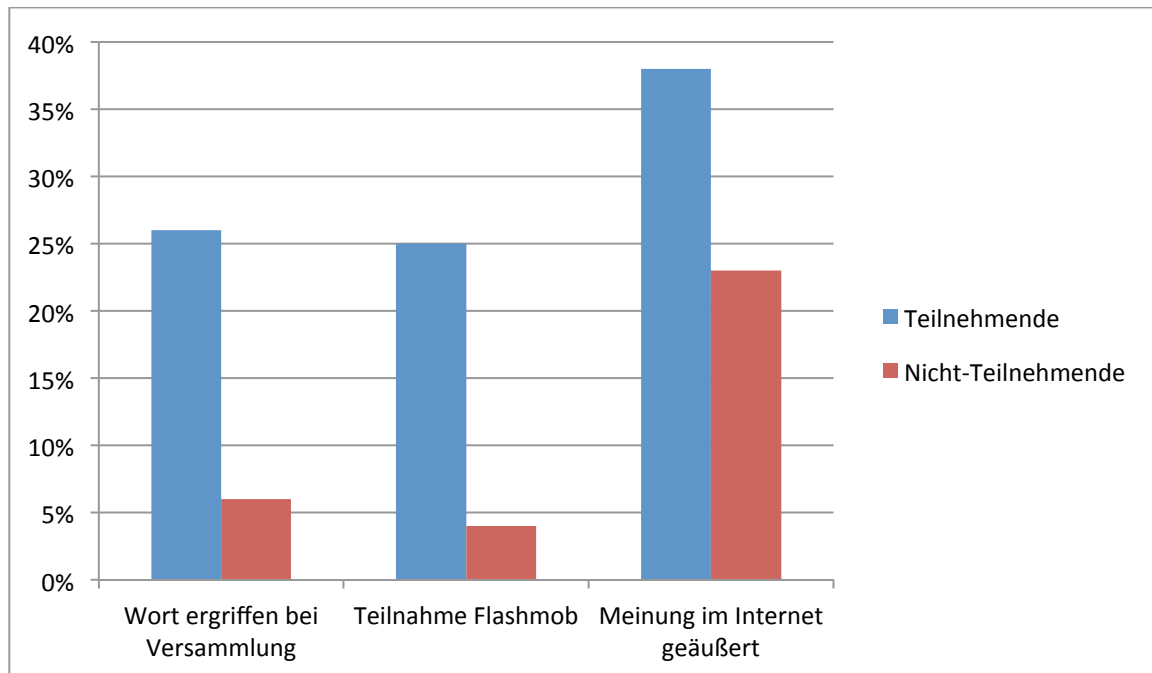
3.3.3 Bereitschaft zu politischer Partizipation im weiteren Sinne

Deutlich sichtbar werden mögliche Effekte der Aktivierung und möglicherweise auch eine Erhöhung des Selbstvertrauens dahingehend, sich zu politischen Sachverhalten zu äußern oder dies auch im Rahmen des Projektes eingeübt zu haben. So gaben etwa 26% der Teilnehmenden an, schon bei einer politischen Versammlung das Wort ergriffen zu haben, während es bei den Nicht-Teilnehmenden nur 6% waren. Auch gaben deutlich mehr Teilnehmende an, bereits ihre Meinung im Internet geäußert zu haben (38% gegenüber 23%). Auch die Bereitschaft, Sticker oder Graffitis zur Meinungsäußerung zu verwenden, ist mit 13% bei den Teilnehmenden doppelt so hoch wie bei den Nicht-Teilnehmenden. Das möglicherweise gewachsene Selbstvertrauen und im Projektkontext gemachte Selbstwirksamkeitserfahrungen wirken sich offenbar auf das Interesse aus, im Schulumfeld im Rahmen der Schüler_innenvertretung mitarbeiten zu wollen: Die berichtete Mitarbeit und die Bereitschaft zur Mitarbeit sind bei den Teilnehmenden 5% höher als bei den Nicht-Teilnehmenden und die Ablehnung ist geringer.

Unterschiede zeigen sich weiterhin wie folgt:

- Teilnehmende sind eher bereit, an einer Unterschriftenaktion teilzunehmen als Nicht-Teilnehmende (47% vs. 34%).
- Teilnehmende haben öfter bei einem Flashmob mitgemacht als Nicht-Teilnehmende (25% vs. 4%).
- Gleichzeitig gaben mehr Teilnehmende (26%) an, nicht zu wissen was ein Flashmob ist, während dies nur 15% bei den Nicht-Teilnehmenden waren.
- Besonders groß scheinen die aktivierenden Effekte bei den Gesamtschüler_innen zu sein. Es besteht ein großer Unterschied bei nahezu allen Partizipationsformen, wobei insbesondere die geringe Affinität zu diesen bei den Nicht-Teilnehmenden auffällt. So ist etwa der Wert für die Bereitschaft, sich in der SV zu engagieren oder dies bereits zu tun, bei den Teilnehmenden mehr als doppelt so hoch. Hier ist möglicherweise von einer großen lebensweltlichen Distanz zur Politik auszugehen.
- Informationen werden in erster Linie über Gespräche mit Eltern und Freund_innen bezogen (über 20%), danach folgen Tageszeitungen und Onli-

ne-Nachrichten. Insgesamt gibt es dabei keine großen Unterschiede zwischen Teilnehmenden und Nicht-Teilnehmenden.



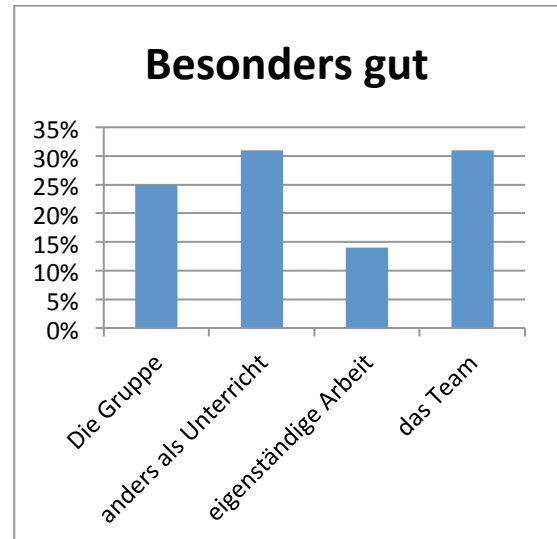
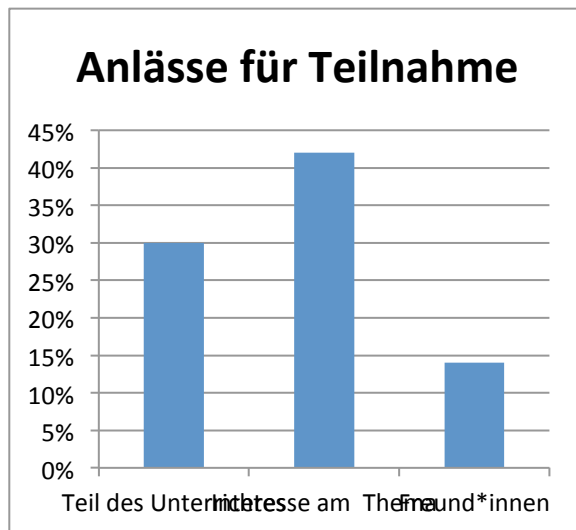
Einschränkend ist zu den Ergebnissen zu sagen, dass mit der Anlage der Untersuchung zu jeweils einem Zeitraum keine gesicherten Aussagen zur Entstehung der Unterschiede der Haltungen zur Politik zwischen Teilnehmenden und Nicht-Teilnehmenden und somit zur Wirkung des Projekts gemacht werden können. Es wäre etwa plausibel anzunehmen, dass insbesondere am Politischen interessierte und aktive Schüler_innen an den Projekten teilnehmen. Jedoch lässt sich auf Grund der als Längsschnitt angelegten vorherigen Untersuchung (Bremer/Ludwig 2014) und ihrer Ergebnisse begründet annehmen, dass die Projektteilnahme zur politischen Aktivierung beitragen kann.

3.4 Erfahrungen mit dem Projekt

Der Fragebogen für die Projektteilnehmenden umfasste zusätzlich noch Fragen nach der Motivation zur Projektteilnahme und offene Fragen zu ihrer Einschätzung des Projektes.

Neben den 30% der Antworten, denen zufolge es Teil des Unterrichtes war, gaben 42% das Interesse am Thema und 14% den Einfluss von Freund_innen an.

Als besonders positiv wurden die Exkursionen und die Differenz zum üblichen Schulunterricht eingeschätzt. Aber auch die gelernten Inhalte oder erstellten Materialien und der kooperative Umgang miteinander wurden sehr geschätzt.



Als Lerneffekt wird insbesondere ein gestiegenes Wissen um politische Prozesse und die Möglichkeit, sich in diese erfolgreich einzubringen, angegeben.

Verbesserungsvorschläge betrafen insbesondere den Wunsch nach mehr Zeit, um kontinuierlich an dem Projekt arbeiten zu können, und teilweise der Wunsch nach mehr Exkursionen.

Direkte Kritik wurde nur von wenigen Teilnehmenden geäußert. Diese betraf insbesondere das als störend empfundene Handeln von Mitschüler_innen, die zeitliche Gestaltung und nicht eingehaltene Versprechen (wahrscheinlich von Entscheidungsträger_innen).

Die Atmosphäre und „Stimmung“ im Projekt wurde als ganz überwiegend positiv dargestellt.

Gefehlt hat den Teilnehmenden insbesondere Zeit, entweder für einzelne Elemente (Gespräche mit Politiker_innen, Exkursionen) oder das Projekt insgesamt. Diese Aussagen ähneln denen der ersten Projektphase (vgl Bremer/Ludwig 2014: 30ff.), auch wenn beachtet werden muss, dass die Befragungen recht früh im Projektverlauf durchgeführt wurden. Die in der vorherigen Phase häufigere Kritik an der Organisation des Projektes taucht hingegen kaum noch auf.

4 Qualitativer Projektteil

4.1 Teilnehmende Beobachtungen

Die teilnehmenden Beobachtungen wurden insbesondere durchgeführt, um Einblicke in die stattfindenden Prozesse zu bekommen, wenn Jugendliche auf Institutionen oder Akteur_innen des politischen Feldes treffen.

4.1.1 Herbert-Grillo-Gesamtschule Duisburg-Marxloh: Besuch im Landtag

Diese Exkursion wurde für eine teilnehmende Beobachtung ausgewählt, da sie Einblicke in eine praktische Umsetzung des Projektziels versprach, die Distanz zwischen jungen Menschen und institutionalisierter Politik zu verringern. Auch wurden in der ersten Projektphase von den Projektteilnehmenden insbesondere die Exkursionen als besonders positiv hervorgehoben.

22 Teilnehmende des Projektes ‚Jugend für Politik gewinnen‘ besuchten den Landtag des Landes NRW in Düsseldorf. Begleitet wurden sie von den beiden pädagogischen Mitarbeiterinnen des aktuellen forums nrw und einem Lehrer. Sie reisten gemeinsam mit öffentlichen Verkehrsmitteln nach Düsseldorf. Eine der ersten Reaktionen nach der Ankunft am Düsseldorfer Hauptbahnhof war großes Erstaunen darüber, wie „schön“ es im Allgemeinen sei, insbesondere die Straßenbahnen. Dies stellte offenbar einen starken Kontrast zu ihrem heimischen Stadtteil und der teilweise recht maroden Straßenbahnlinie 903 dar. Vor dem Landtagsgebäude mussten die Teilnehmenden etwas warten, passierten dann die Sicherheitsschleuse und begaben sich danach in eine Art Hörsaal. In diesem platzierten sich die meisten Teilnehmenden recht weit vorne, teilweise in der ersten Reihe. Es waren auch noch andere Besucher_innen des Landtages anwesend. Eine Mitarbeiterin des Landtages erklärte die Funktionsweise des Parlaments und die Prozesse, die zur Erringung eines Landtagsmandates führen. Dafür bezog sie einige der Schüler_innen exemplarisch mit ein. Dieses Gedankenspiel wurde von den einbezogenen Schülern bereitwillig aufgenommen und weitergedacht. Insbesondere wies sie darauf hin, Wert auf Frauen in Führungspositionen zu legen. Dafür sei der eigene Wille entscheidend. Anschließend stellte sie die typischen Abläufe in den Arbeitsprozessen des Parlamentes vor.

Im Anschluss besichtigte die Gruppe zusammen mit der Mitarbeiterin den Plenarsaal. Hier eckten die Teilnehmenden mehrmals an, etwa indem sie sich in eine Pressekabine setzten und vom Sicherheitsdienst deutlich zurechtgewiesen wurden. Auch ver-

bat sich die Mitarbeiterin in relativ scharfem Ton das Filmen. Sie wolle sich nicht im Internet wiederfinden, wo sich dann über sie lustig gemacht werde. Dieser kleine Konflikt deutet möglicherweise auf ein unterschiedliches Verständnis davon hin, was an diesem Ort angemessen ist und was nicht. Möglicherweise wollten die Teilnehmenden auch eigene Unsicherheiten überspielen. Es ist durchaus möglich, dass von ihnen das Filmen interessanter oder spannender Momente ein übliches Vorgehen ist und vielleicht sogar Wertschätzung ausdrückt.

Bei der Pause in der Kantine kam die Frage auf, ob der dort angebotene Kuchen Gelatine enthalte, die, weil sie möglicherweise aus Schweinen gewonnen werde, von den muslimischen Teilnehmenden nicht verzehrt werden dürfe. Auch nachdem aus der Küche die Information kam, der Kuchen enthalte keine Gelatine, weigerten sich einige Teilnehmende ihn zu essen. Hier kam eventuell die für die eigene Lebensführung wichtige Rolle der Religion zu tragen, die etwa auch in der Gruppenwerkstatt der vorherigen Phase der wissenschaftlichen Begleitung berichtet wurde (vgl. Bremer/Ludwig 2014: 35ff.). Zugleich wird damit eine gewisse „Fremdheit“ zum Ausdruck gebracht; die Teilnehmenden haben offenbar den Eindruck, dass sie an diesem Ort nicht selbstverständlich davon ausgehen können, dass für sie relevante Aspekte der Lebensführung bekannt sind.

Nach dieser Pause trafen sich die Teilnehmenden mit „ihrem“ Landtagsabgeordneten zu einem Gespräch, zu dem auch weitere Vertreter_innen aus der politischen Bildung hinzukamen. Der MdL stelle seine Arbeitsfelder vor und die Schüler_innen thematisierten die Probleme, die sie bei der Umsetzung ihres Projektes hatten, über das der Abgeordnete bereits teilweise informiert war. Insbesondere beklagten die Schüler_innen, dass ihnen gegenüber getätigte Zusagen nicht eingehalten würden. Die Diskussion spielte sich dann allerdings zu einem großen Teil zwischen den zusammengefasst „erwachsenen Professionellen“ ab (Abgeordneter, Lehrer, Mitarbeitende der politischen Bildung). Dennoch versprach der Abgeordnete den Schüler_innen mit seinen Möglichkeiten zu helfen. Die Schüler_innen brachten ebenfalls zum Ausdruck, dass sie mit ihrem Engagement der aus ihrer Sicht als „asozial“ abgewerteten Betrachtung ihres Stadtteils, bei der auch sie selbst als Bewohner mit einbezogen seien, entgegentreten wollen. Sie betonten, dass sie das auch etwa für ihre jüngeren Geschwister tun, die noch länger diese Schule besuchen werden. Dabei wurde seitens der Mitarbeitenden der politischen Bildung auch versucht, den Ein-

druck der stigmatisierenden Außenwahrnehmung Marxlohns zu relativieren, möglicherweise um der Situation (Begegnung von Schüler_innen mit dem Landtagsabgeordneten) an dieser Stelle eine mögliche Schärfe bzw. Konflikthaftigkeit zu nehmen, wobei das wiederum von Seiten der Schüler_innen auch ein Stück weit als Abwertung ihrer Perspektive und des ‚Leidensdrucks‘ wahrgenommen werden kann.

Zum Abschluss begaben sich alle in einen anderen Raum, unter anderem um Gruppenfotos anzufertigen. Die Teilnehmenden wirkten zunehmend unkonzentriert, waren unruhig und spielten teilweise mit sich dort befindenden Mikrofonen herum. Abschließend erhielten sie noch Geschenkbeutel der SPD-Fraktion.

Fazit

Insgesamt kann die Exkursion als eine interessante Gelegenheit für die Teilnehmenden begriffen werden, etwas über die Funktion des Landtages zu lernen und mit dem Landtagsabgeordneten ihres Wahlkreises ins Gespräch zu kommen. Auch scheint der Aufenthalt in einer anderen Stadt kein gewöhnliches Ereignis für sie zu sein, was sich in ihrem Erstaunen über die offenbar bessere äußere Erscheinung der Stadt Düsseldorf ausdrückt. Der Besuch des Landtages scheint eher eine Fremdheitserfahrung zu sein. Die Schüler_innen wirken unsicher, überspielen das zum Teil mit kleinen Grenzüberschreitungen, wodurch sie den Unmut der Bediensteten hervorrufen. Diese Erfahrung könnte möglicherweise auch als ein Anknüpfungspunkt für eine tiefere Auseinandersetzung mit der Funktionsweise und Praxis der repräsentativen Demokratie genutzt werden. Eine Mitarbeiterin des aktuellen forums nrw berichtete in einem späteren Interview, dass insbesondere die Möglichkeit, Abgeordneter zu werden, noch für weiteren Gesprächsstoff sorgte, also offenbar einigen Neuigkeitswert für die Teilnehmenden beinhaltete.

4.1.2 Heinrich-Böll-Gymnasium Troisdorf: Begegnung mit Jugendvertreter_innen

Die Möglichkeit der Begegnung von Teilnehmenden des Projektes und Vertreter_innen von Parteien hatte zweierlei zum Ziel: Zum einen sollte den Teilnehmenden die Möglichkeit gegeben werden, ihre erarbeiteten Projektideen mit lokapolitisch erfahrenen Politiker_innen zu besprechen und eine Einschätzung und Empfehlungen erhalten zu können. Zum anderen sollte die Ansprache von Vertreter_innen der Parteijugendlichen Möglichkeiten des politischen Engagements auch für Jugendliche aufzeigen und eventuell bestehenden Vorbehalten entgegenwirken.

Die Teilnehmenden haben im Projekt Ideen für Treffpunkte für Jugendliche in Troisdorf erarbeitet und sollen diese mit den Jugendvertreter_innen diskutieren. Sie haben offenbar auch Fragen für die Gespräche vorbereitet, die präsentiert werden sollen. Das World-Café findet in einem separaten Gebäude auf dem Schulgelände in zwei aneinander grenzenden Räumen statt. Einige Teilnehmende fehlen, da parallel ein kurzfristig angesetztes Zeitzeug_innengespräch stattfindet. Es sind Vertreter_innen von Junger Union, Jusos, Grüner Jugend und von Solid anwesend. Die Jugendvertreter_innen stellen sich den Jugendlichen unter anderem mit ihren lokalpolitischen Ämtern vor. Danach präsentieren die Teilnehmenden ihre Projektideen. Alle vier drehen sich um Möglichkeiten eines Treffpunktes für Jugendliche, etwa einen Ort zum „Chillen“ oder die Nutzung einer Turnhalle mit kleinem Bar-Betrieb für Smoothies.

Im Anschluss haben die Teilnehmenden die Möglichkeit, mit den jungen Politiker_innen in Kleingruppen ins Gespräch zu kommen, sowohl anhand vorbereiteter Fragen als auch über ihre Projektideen. Die Jugendvertreter_innen bleiben an ihren Tischen sitzen und die Gruppen wechseln in festgelegten Intervallen die Gesprächspartner_innen. Beobachtet werden die Interaktionen zwischen den einzelnen Politiker_innen und möglichst verschiedenen Gruppen von Teilnehmenden.

Politiker_in A

Die Jugendvertreterin berichtet von ihrem Weg in die Politik, unter anderem habe ihr die SV-Arbeit Spaß gemacht. Sie spricht sehr professionell und fehlerfrei. Die Teilnehmenden stellen vorbereitete Fragen, die sie größtenteils ablesen. Dies trägt möglicherweise zu einem eher formalen Umgang bei, was sich beispielsweise im „Sitzen“ ausdrückt. Möglicherweise ist dies auch ein Indiz für wahrgenommene Distanz oder auch für einen von ihnen als adäquat wahrgenommenen Umgang. Die Jugendvertreterin erzählt von der Arbeit in der Parteijugend. Sie zeigt beispielsweise die Tagesordnung einer Ausschusssitzung, den Kinder- und Jugendförderplan und den Haushalt der Stadt Troisdorf und gibt Erklärungen dazu ab. Sie sagt, sie finde die Ideen gut, vor allem den Fokus auf Sport, und fragt die Teilnehmenden nach ihrer Freizeitgestaltung. Diese geben an, recht viel Computer zu spielen. Die Jugendvertreterin erzählt über Möglichkeiten der Einflussnahme, etwa über Parteien oder das Stellen eines Antrags, betont aber andererseits (in gewissem Kontrast zum Angebot

der Einflussnahme): „der Haushalt steht“ (was sie mit der Geste des Hand drauflegens unterstreicht). So wurde aus einer privaten Initiative heraus etwa ein offener Garten ermöglicht. Initiative sei auch gewünscht. Momentan beschäftige sich ihre Parteilugend auch mit dem Bahnhof in Troisdorf.

Diese Vertreterin wirkt nach außen sehr professionell. Sie spricht viel, ein wirklicher Dialog findet kaum statt. Das Auslegen der umfangreichen Unterlagen wirkt für die Intention des aufgelockerten Zusammentreffens von Politik und Jugend eher unpassend und erinnern fast an ‚Insigien der Macht‘

Politiker_in B

Die Jugendvertreterin betont zu Beginn, dass die Teilnehmenden alles fragen könnten. Die Teilnehmenden stellen ihre Fragen in erster Linie anhand vorbereiteter Leitfäden, etwa: nach der Mitgliederanzahl der Jugendorganisation (die Vertreterin spricht von etwa 15 Aktiven und einigen „Karteileichen“), der aktiven Altersgruppe (diese liegt zwischen 15-30 Jahren), dem Weg in die Politik (die Vertreterin fand politisch-historische Themen in der Schulzeit interessant, hat ein Praktikum bei ihrer jetzigen Partei absolviert und sie im Bundestagswahlkampf unterstützt).

Sie steht „komplett hinter den XXX-Partei-Prinzipien“ und sitzt seit einem Jahr im Kreistag. Auf das Bundesprogramm ihrer Partei angesprochen antwortet sie, dass sie sich nicht komplett damit identifiziere, aber sie trage die Entscheidungen mit. Sie verweist hier auf einen Mitgliederentscheid zu einer Koalitionsbildung. Ihre persönlichen Ziele in der Politik sind nicht auf eine Karriere gerichtet, sondern auf einen Beitrag vor Ort. Es gehe ihr darum, nicht nur zu meckern, sondern „meckern und was machen“.

Die Teilnehmenden fragen weiterhin nach ihrer Entscheidung für ihre Partei (sie habe sich schon immer dem entsprechen politischen Lager zugehörig gefühlt und die Arbeiterbewegung habe sie im Geschichtsunterricht sehr interessiert, die Forderung nach Chancengleichheit sei ihr wichtig und das repräsentiere ihre Partei) und nach erreichten Zielen (Gesprächsrunden in einem Seniorentreff wobei es unter anderem auch um den barrierefreien Zugang zu Bussen ging). Abschließend interessieren sich die Teilnehmenden noch für ihre Einschätzung der vorgestellten Projektideen. Politi-

ker_in A findet die Ideen gut, Geräte draußen zu installieren sei schwierig und auch teuer. Die Thematisierung von Sport und gesunder Ernährung findet sie wichtig. Ein „Chill-Platz“ draußen wäre schwierig, der müsse kontrolliert werden wegen Drogen und Alkohol. Sie empfiehlt die Nutzung dessen, was schon da ist, etwa Jugendzentren, die auch kein Geld hätten, will das Thema aber nochmal „bei uns“ ansprechen. Zum Abschluss erklärt sie noch die Strukturen ihrer Jugendorganisation.

Die Vertreterin wirkt ebenfalls sehr professionell in ihrem Sprechen. Die Teilnehmenden wiederum haben sich in gewisser Weise auch professionell vorbereitet. Sie konzentrieren sich auf ihre vorbereiteten Fragen. Im Ergebnis kommt ein wirklicher Dialog kaum zustande; es bleibt überwiegend bei einem „Frage-Antwort-Spiel“. Die Atmosphäre wirkt etwas gezwungen, nicht entspannt.

Politiker_in C

Die Jugendvertreterin führt mit den Teilnehmenden zunächst eine kurze Vorstellungsrunde durch. Ihr Anlass, in die Politik zu gehen, sei die Mehrwertsteuererhöhung der Regierung gewesen. Sie arbeitet als Kranken-/oder Altenpflegerin. Sie habe verschiedene Parteiprogramme gelesen und fand das ihrer jetzigen Partei am besten. Die Teilnehmenden fragen, ob sie das Engagement empfehlen könne. Die Jugendvertreterin meint, wer sich nicht engagiere, gegen den werde entschieden. Als Beispiel erwähnt nennt sie: Wenn die Schultoiletten dreckig seien, könnten die Schüler_innen streiken. Sie hat offenbar Kinder in der Nachbarschaft zur Gründung einer ‚Kindergewerkschaft‘ gebracht, weil diese etwas an ihrem Spielplatz verbessern wollten. Mit Organisation könne alles erreicht werden: „Wer kämpft kann verlieren...“. Sie empfiehlt ein autonomes Jugendzentrum in Troisdorf, in dem sie früher selbst gewesen sei. Es sei von jungen Menschen selbst verwaltet worden und nicht „dem Kapital untergeordnet“. Auf ihre Meinung zur Altersgrenze bei Wahlen angesprochen erklärt sie, dass dieses ihrer Meinung nach auch auf 16 gesenkt werden könne, aber dann müsse es mehr Bildung geben, weil sonst zu befürchten sei, dass häufig NPD gewählt werde. Sie findet die Idee eines Jugendparlamentes gut, aber dann müsse eine Regelung gefunden werden, damit Menschen mit viel Geld nicht viel mehr Werbung für sich machen könnten. Sie hält alle Projektideen der Teilnehmenden für realistisch, wenn es denn wirklich gewollt werde. Sie meint, es wäre nicht nötig, einen Sportstu-

dentem einzustellen, um die Turnhalle zu betreuen (was bei der Projektvorstellung angedacht wurde); das könne auch autonom von den Jugendlichen organisiert werden. Sie kommt dann auf die Forderung nach einem fahrscheinlosen Nahverkehr zu sprechen. Es könne eine Straßenbahn auf ohnehin vorhandenen Gleisen fahren und die Verkehrssituation verbessern.

Diese Jugendvertreterin wirkt im Vergleich deutlich stärker emotional beteiligt und geöffnet. Sie versucht, die Jugendlichen fast schon pathetisch zum Handeln aufzufordern. Allerdings verfängt das bei den Teilnehmenden nicht richtig, wirkt fast etwas „anbiedernd“ und vorwurfsvoll-bevormundend. So ist auch in dieser Gesprächssituation eine von gegenseitiger Fremdheit und Vorsicht geprägte Atmosphäre spürbar.

Politiker_in D

Die Teilnehmenden fragen zunächst nach der Anzahl der Mitglieder. Die Jugendvertreterin spricht von etwa 15-20 Aktiven. Ihre Mutter und ihr Bruder sind auch bei ihrer Partei aktiv. Nach dem Abitur war sie im Ausland und engagierte sich danach bei ‚Troisdorf gegen rechts‘.

Die Jugendlichen hatten wiederum zu einem großen Teil vorbereitete Fragen: Nach ihrer Haltung zum Bundesprogramm (es gebe keine Partei, die alles vertrete, was einem Menschen wichtig sei), nach ihren selbst gesetzten Zielen (sie wolle Politik nicht hauptberuflich machen und erzählt von ihrem Anliegen eines Projektes ‚Jugendpartizipation‘; sie beschäftigt sich momentan mit der Flüchtlingsthematik und spricht sich für eine „menschenwürdige Unterbringung“ aus), dem Zeitaufwand für ihr Engagement (es sei nicht unbedingt viel Zeit erforderlich und es könne flexibel gehandhabt werden, die Gruppe treffe sich zweimal im Monat; es müsse auch noch Zeit für andere Dinge sein, etwa das Studium).

Die von den Schüler_innen präsentierten Projekte hält sie prinzipiell für realistisch, es gebe ein Förderprogramm. Danach fragt sie die Teilnehmenden, welche Themen ihnen noch wichtig wären. Ab hier wird das Gespräch sehr dialogisch. Die Teilnehmenden erzählen, dass der Weg mit dem Fahrrad zur Schule schwierig und gefährlich sei, da er an einer Schnellstraße vorbeiführe. Die Teilnehmenden reden auch

miteinander, das Thema scheint sie zu beschäftigen. Die Busse seien immer sehr voll und die Verbindungen sehr ungünstig für sie.

Die Jugendvertreterin spricht auch zu Beginn sehr viel, ein wirklicher Dialog kommt anfangs kaum zustande. Sie schafft es aber, die Jugendlichen zur Äußerungen ihrer Thematik des Schulweges anzuregen und mit ihnen ins Gespräch zu kommen, indem sie sich ihnen stärker zuwendet und offen nach weiteren Themen fragt, also das vorbereitete Setting des Zusammentreffens ein Stück weit aufbricht.

Abschluss

Nach dem Abschluss des World-Cafes übernimmt die beteiligte Lehrkraft die Zusammenführung. Die Vertreterin A berichtet als erstes von ihren Eindrücken und scheint den Ablauf an sich zu ziehen. Die Teilnehmenden sollten die Thematik weiter verfolgen. Politiker_in C sagt, der Treffpunkt sei wichtig, aber er könne leider nicht allein darüber entscheiden. Die Jugendvertreter_in B sagt, die Organisationen könnten immer Leute gebrauchen, man könne immer mitmachen.

Die Lehrkraft betont, ein fertiges Projekt zur Präsentation wäre gut. Die Vertreterin A antwortet und zeigt Möglichkeiten auf und fordert die anderen Politiker_innen auf, zu ergänzen. Diese schließen sich den Ausführungen von A an.

Fazit

Die Veranstaltung erweist sich zunächst als eine gute Möglichkeit, die Teilnehmenden mit jungen parteipolitisch aktiven Menschen zusammenzubringen, mit diesen ihre Ideen für Projekte zu diskutieren und sowohl von möglichen Einschränkungen als auch Möglichkeiten der Umsetzung zu erfahren. Atmosphärisch fällt auf, dass es häufig schwierig ist, in einen wirklichen Dialog zu kommen. Die Gespräche folgen oft einem Frage-Antwort-Muster, das von beiden Seiten produziert wird: Die Politiker_innen neigen zu routiniertem Handeln und professioneller Sprache, die Jugendlichen bleiben oft eng an ihren vorbereiteten Fragen. Beide Seiten stützen sich somit auf Routinen bzw. eingeübte Handlungsmuster, die Sicherheit in der zunächst ungewohnten Situation geben. Es dauert dann eine Weile, bis diese Atmosphäre sich än-

dert (wenn überhaupt), beispielsweise, wenn es gelingt, das Setting aufzubrechen, andere Gesprächs- und Themenhorizonte zu eröffnen und einen Raum zu schaffen, in dem sich beide Seiten „neu“ bzw. „anders“ begegnen können (erschwerend kommt dann hinzu, dass das Zeitfenster dafür relativ klein ist). Dabei spielt auch eine Rolle, inwiefern es Affinitäten (thematisch und vom Auftreten her) der Politiker_innen und der Jugendlichen gibt. Die Altersunterschiede zwischen Jugendlichen und Politiker_innen sind zwar eher gering, aber möglicherweise doch von Bedeutung. Als Erklärung für die Distanz reichen sie jedoch nicht aus. Plausibel ist, dass es in erheblicher Weise das Verhältnis von „Laien“ und „Professionellen“ und die damit verbundene unterschiedliche Vertrautheit mit dem Politikbetrieb ist, die trennend wirkt, sowie Unterschiede des Habitus. Zu bemerken ist hier auch, dass drei der vier Politiker_innen studieren.

4.2 Interviews mit beteiligten Politiker_innen

Um das Zusammentreffen von Schüler_innen und verfasster Politik im Rahmen der Projekte genauer in den Blick nehmen zu können, war es auch wichtig, die Perspektive beteiligten Politiker_innen mit in den Blick zu nehmen. Dazu wurden zwei Politiker_innen angesprochen, die in unterschiedlichem Maße im Rahmen des Projektes mit den Teilnehmenden in Kontakt waren. Von zentralem Interesse war hier die Wahrnehmung des Projektes der Jugendlichen und der Begegnung mit ihnen. Um dieses verstehen und nachvollziehen zu können, war das einzubetten darin, wie der Weg der Politiker_innen in die institutionalisierte Politik verlaufen war und wie sie insgesamt junge Menschen im Hinblick auf ein häufig konstatiertes geringes politisches Engagement wahrnehmen. Fokussiert wurde bei der Auswertung auch auf möglicherweise bestehende Distanzen und Gelingensbedingungen der Zusammenarbeit von jungen Menschen und Politiker_innen. Die Interviews wurden getrennt voneinander an von den Interviewpersonen vorgeschlagenen Orten durchgeführt. Sie dauerten etwa 60 Minuten. Anschließend wurden sie transkribiert bzw. ein Verlaufsprotokoll angefertigt und nach habitushermeneutischen Prinzipien ausgewertet.

4.2.1 Interview mit einer Troisdorfer Lokalpolitikerin

Interviewsituation

Das Interview fand im Außenbereich eines Cafés in Köln statt, in der Nähe einer S-Bahn-Haltestelle und einiger Universitätsgebäude.

Aufwachsen, Lebensbedingungen, Weg zur Politik

Die Interviewperson ist Anfang Zwanzig und absolviert an der Universität Köln ein Lehramtsstudium und studierte zwischenzeitlich auch in den USA. Sie bezeichnet sich selbst als „frische Lokalpolitikerin“, da sie erst seit kurzer Zeit für Junge Union und CDU aktiv ist. Dennoch ist sie bereits in viele partei- und lokalpolitische Zusammenhänge eingebunden. So ist sie etwa Stadtverordnete und Mitglied in drei Ausschüssen. Ihren Erzählungen nach entstammt sie einer politisch aktiven Familie; sie habe dies, wie sie selbst sagt, „mit der Muttermilch aufgesogen“. Ihre Eltern waren bzw. sind lokalpolitisch aktiv. Dies habe auch ein Stück weit die Gespräche zu Hause mitbestimmt, auch wenn versucht worden sei, daraus resultierende konflikthafte Themen und Ereignisse nicht zu Hause zu thematisieren. Im Gespräch reflektiert sie darüber, dass sie ihren Eltern (auch politisch) ähnlicher werde. In ihrer Schulzeit war in der Schüler_innenvertretung aktiv. Sie diskutiere gerne und gestalte gerne mit, dies habe ihr dann im Studium gefehlt. Hochschulpolitisch aktiv ist sie nicht, die Größe und Unpersönlichkeit der Universität habe sie abgeschreckt. Demgegenüber schätzt sie an der Lokalpolitik, etwas direkt Sichtbares verändern und etwas „für die Gemeinschaft“ tun zu können.

Ihr Weg in die Junge Union vollzog sich über ihre dort schon länger aktive jüngere Schwester, die sie einige Male mitgenommen habe. Sie scheint in der Fraktion recht erfolgreich zu sein, was sich an der Übernahme mehrerer Funktionen zeigt. Eine Distanz auf Grund des Alters nimmt sie zwar wahr, sie sieht aber auch die Vorteile der vielen älteren Mitglieder, die über viel Erfahrung verfügen. Es sei auch wichtig, etwa bei der Stadtentwicklung, „nicht mit dem Bulldozer drüber [zu gehen]“, sondern auch Bewahrenswertes zu erhalten. Sie scheint weiterhin stark in ihrer Heimatstadt verwurzelt zu sein (ähnlich wie die befragten Schüler_innen, vgl. Bremer/Ludwig 2014: 49ff.) und beschreibt, dass viele junge Menschen nach dem Studium oder der Ausbildung zurückkommen, was sie auch mit der guten geographischen Lage begründet.

Diese geographisch-kulturelle Verwurzelung korrespondiert auch mit ihrem Engagement in der Lokal- und nicht in der Hochschulpolitik.

Sicht auf junge Menschen

Das geringe politische Engagement junger Menschen beschäftigt sie häufig: „Man fragt sich das immer wieder.“ Eines der Hindernisse sieht sie im Zeitmangel junger Menschen, etwa im Rahmen der Verkürzung der gymnasialen Oberstufe. Dies erfahre sie etwa durch ihre jüngere Schwester. Sie thematisiert die Zeitbelastung, die das ehrenamtliche Engagement mit sich bringe, auch für sich selbst, sieht aber auch die Notwendigkeit des kontinuierlichen Engagements. Es könne aus ihrer Sicht aber auch an einem großen Angebot anderer Möglichkeiten der Freizeitgestaltung liegen, so seien viele in ihren Stadtteilen Mitglied in Vereinen. Zu der Zeit, als ihr Vater jung war, sei es nach ihrer Vermutung so gewesen, dass viele junge Menschen Mitglied in Jugendorganisationen waren und sich auch in ihrer Freizeit über politische Themen austauschten. Dies sei heute außerhalb der engeren politischen Kreise sehr selten. Auch fehle das Vorleben politischen Engagements in den Familien. Der Einstieg erzeuge sich (wie etwa in ihrem Fall) auch häufig über persönliche Netzwerke. Um Jugendliche in die Nähe der Jugendorganisationen zu „locken“, gebe es viele Ideen, etwa die Veranstaltung von Partys oder das Engagement in sozialen Netzwerken, wobei der Erfolg aber gering zu bleiben scheint. Sie wäre „total glücklich“ wenn sie wüsste, wie junge Menschen besser zu erreichen seien und ist fest davon überzeugt, dass es politisch interessierte junge Menschen gebe. Obwohl es sehr einfach sei, sich über das politische Geschehen zu informieren (über das Smartphone oder, wie sie mit etwas Ironie sagt, über die Bild-Zeitung), sei die Bereitschaft, sich tiefergehend damit auseinanderzusetzen, gering und auch schwierig. Sie selbst beschäftige sich gerade intensiv mit der Griechenlandkrise, habe aber immer noch nicht das Gefühl sie wirklich zu verstehen. Offenbar wünscht sie sich, dass Jugendliche sich mehr in lokale politische Prozesse einbringen. So wirkt sie deutlich enttäuscht darüber, dass keine bei einer Infoveranstaltung zur Neugestaltung des Stadtbildes zugegen waren.

Engagement im Projekt Jugend für Politik gewinnen

Die Interviewperson wurde gezielt für das Projekt angesprochen, da sie auch im Jugendhilfeausschuss aktiv ist und war dann sehr gerne bereit, an der Veranstaltung

mit den Schüler_innen teilzunehmen. Sie war selbst „supergerne“ Schülerin an dieser Schule, dort in der SV aktiv und ist ihr auch weiterhin „eng verbunden“. Bei der Reflexion der Diskussionen mit den Schüler_innen schätzt sie die Ideen der Schüler_innen und hätte gerne noch mehr über die Projektideen erfahren. Von den unterschiedlichen Gruppen in den Gesprächen erschienen ihr manche distanzierter, andere hätten auch persönliche Fragen gestellt. Sie fragt sich, ob sie die Jugendlichen teilweise mit ihrer Art der Darstellung der Prozesse nicht überfordert hätte und sie möglicherweise mehr hätte „kommen lassen“ sollen. Das Zusammentreffen mit den Jugendlichen und den anderen Jugendvertreter_innen motiviere sie, eventuell etwas gemeinsam zur Heranführung Jugendlicher an die Lokalpolitik zu unternehmen, wofür sie sich auch schon im Anschluss an die Diskussionsrunde mit einer anderen Jugendvertreterin ausgetauscht habe.

Von der Begegnung mit den Jugendlichen erwartete sie sich insbesondere neue Impulse für die eigene politische Arbeit. Sie scheint sich also ein Stück weit auch als Übersetzerin der Wünsche Jugendlicher in politische Prozesse zu sehen. Die Wünsche junger Menschen in Troisdorf scheinen sich dabei mehr oder weniger gleich zu bleiben und beziehen sich auf jugendgemäße Orte der Freizeitgestaltung und Mobilität. So gebe es etwa immer wieder den Wunsch nach einer Disco. Dies umzusetzen sei aber aus mehreren Gründen schwierig. Ein in Frage kommendes Gelände liege nah an einer Autobahn, so dass Straftäter_innen leicht flüchten könnten; noch wichtiger sei es, einen Investor zu finden, da viele Menschen aus Troisdorf zum Ausgehen in benachbarte Städte führen. Auch werde der Wunsch nach einem „McDonalds“ und einer Verbesserung des Nahverkehrs häufig geäußert; in diesem Bereich habe sich schon etwas bewegt. Die Forderung der Jugendlichen nach einem Treffpunkt, was ja auch Thema bei dem Zusammentreffen der Jugendlichen mit den jungen Politiker_innen war, erklärt sie damit, dass sich die Schüler_innen aufgrund ihrer sozialen „wohlbehüteten“ Lage möglicherweise in den vorhandenen Jugendeinrichtungen nicht willkommen fühlten. Die Forderungen nach Möglichkeiten, im Freien Sport zu treiben, kann sie zwar gut nachvollziehen, verweist aber auf bestehende Möglichkeiten, sich auch ohne Geräte zu diesem Zweck treffen zu können. Dennoch findet sie es generell wichtig, dass sich Kinder und Jugendliche auch körperlich betätigen. Hier zeigt sich eine gewisse Traditionalität und Konventionalität, die etwa auch in der Aussage deutlich wird, Kinder und Jugendliche sollten auch lernen mit der Hand und nicht nur mit dem Computer zu schreiben.

Fazit

Die Interviewperson entstammt einer lokalpolitisch sehr aktiven Familie und fand ihren Zugang zur Politik über diese. Diese politische Sozialisation hat offenbar zu einer Vertrautheit mit der (Lokal-)Politik geführt, die es ihr ermöglicht, schon nach relativ kurzer Zeit politischer Aktivität „im engeren Sinn“ auch schon mehrere lokalpolitische Ämter einzunehmen. Zugleich werden darin aber auch entsprechende Ambitionen deutlich, gestalten zu wollen und sich dazu berufen und befähigt zu fühlen. Ein gewisser „Lokalpatriotismus“ wird in der Vorliebe für den Nahbereich sichtbar, dessen Überschaubarkeit und Vertrautheit gegenüber der vermeintlich unübersichtlichen Anonymität urbaner Strukturen möglicherweise auch als besonders schützenswert gilt. Die Beteiligung jüngerer Menschen am politischen Geschehen ist ihr wichtig, weshalb sie offenbar auch stark an Möglichkeiten der Gewinnung junger Menschen interessiert ist. Sie sieht sich möglicherweise auch aufgrund ihres Alters und ihrer noch nicht so lange zurückliegenden Erfahrungen in der Rolle, für dieses Thema besonders kompetent zu sein. Eine mögliche Distanz könnte auf ihrer eigenen familiären politischen Sozialisation beruhen, die bei vielen jungen Menschen nicht gegeben ist und dazu führen kann, dass Barrieren, die andere (etwa aufgrund anderer politischer Sozialisation) zum „politischen Betrieb“ haben, nicht gesehen werden, so dass auch eine Kontaktaufnahme erschwert sein kann. Beachtenswert scheint ihr beim Umgang mit Forderungen junger Menschen (etwa nach einem Kiosk oder einer Disco) auch die Berücksichtigung der Prozesse privatwirtschaftlicher Investitionen zu sein.

4.2.2 Interview mit einem Duisburger Lokalpolitiker

Interviewsituation

Das Interview fand im ‚Schwelgern-Café‘ in Duisburg-Marxloh statt. Dieses befindet sich in einem Stadiongebäude aus den 1920er Jahren zwischen Wohnbebauung und Industrieanlagen von Thyssen-Krupp. Die Interviewperson hat eine besondere Beziehung zu dem Gebäude. So befand sich dort etwa ein Raum der Jusos, bei denen er damals tätig war. Das Gebäude ist heute der Sitz der Stadtentwicklungsgesellschaft, bei der er unter anderem aktuell tätig ist. Nach dem Interview unternimmt er

mit dem Interviewer noch eine kleine Führung zu einem in der Nähe befindlichen neu gestalteten Spielplatz und erzählt über Pläne für die Entwicklung des Stadtteils.

Aufwachsen, Lebensbedingungen und Weg zu Politik

Der Interviewte ist ca. fünfzig Jahre alt und Facharbeiter bei einem großen Industrieunternehmen in Duisburg. Er ist vielfältig lokalpolitisch engagiert.

Er entstammt offenbar einer SPD-nahen Familie, in der ihm frühzeitig durch den Vater nahe gelegt wurde, sich bei den Jusos zu engagieren. Nach dem Hauptschulabschluss begann er in dem Betrieb zu arbeiten, in dem er noch heute beschäftigt ist. Später bildete er sich noch zum Meister fort. Den Einstieg in das Berufsleben beschreibt er, insbesondere in Abgrenzung zur heutigen Situation Jugendlicher, als problemlos, ja fast schon vorgezeichnet: „[...]dat war zu der heutigen Lage ist dat ja damals Luxus gewesen. [Unternehmen] kam, ging zu dieser Schule hin und hat gesagt: Kommt montags morgen mit euren Eltern zu uns hin, nach der nach der Schulausbildung. Wir übernehmen euch alle.“ Er besuchte die gleiche Schule, die heute an dem Projekt teilnimmt, die damals jedoch noch eine Hauptschule war. Das trug dazu bei, dass die Teilnahme am Projekt für ihn attraktiv war. Er stellt allerdings auch große Unterschiede zu seiner eigenen Schulzeit fest, sowohl im weniger autoritären Auftreten der Lehrkräfte als auch im damaligen Fehlen von Schüler_innen mit Migrationshintergrund. Seine Verwurzelung im Stadtteil ist scheinbar sehr ausgeprägt; so berichtet er etwa darüber, dass er extra „nach Duisburg“ fahren musste, um sich über seine Aufgaben als Juso-Vorsitzender zu informieren. Offenbar hat er immer in Duisburg gelebt, wenn auch zeitweise in anderen Stadtteilen.

Der Weg ins politische Engagement scheint stark über die Familie vermittelt worden zu sein (der Vater war auch in der SPD aktiv), auch wenn im Interview besonders der institutionelle Aspekt und weniger zugrunde liegende Werthaltungen thematisiert wurden. Die Interviewperson hat sich „von der Pike auf“ in der Partei (unter anderem als Juso-Vorsitzender) engagiert, auch wenn sie angibt, nicht von Beginn an gewusst zu haben, worum es bei dieser Arbeit geht. Zunächst beschäftigten ihn vor allem jugendpolitische Themen und Aspekte der „grünen Bewegung“, die in dieser Zeit aufkam. Er hat auch einmal ‚grün‘ gewählt, was aber rückblickend eher als eine Art ‚Jugendsünde‘ eingeordnet wird und danach nicht mehr vorkam.

Für sein Engagement sieht er in erster Linie zwei Gründe: Die Möglichkeit der Mitgestaltung und die persönliche Weiterentwicklung: „und hab gemerkt, da kann man auch ein bisschen was gestalten, das kommt auch dir zugute. Man blickt über den Tellerrand. Man kriegt Informationen, und das muss man auch mal so sehen wie das ist. Man wird da nicht dümmer durch, dass man sich parteipolitisch engagiert, ja“. Der Fokus seines aktuellen politischen Engagements scheint besonders kommunalpolitisch ausgerichtet zu sein; weiter gehende Ambitionen scheint er nicht zu haben. „Also wenn ich Politik nicht mehr mache, dann mach ich gar nichts mehr. Nicht woanders, ja, dann ist das für mich erledigt dann irgendwann mal, ja. Aber solange ich das mach, mach ich das hier.“

Sicht auf die eigene politische Rolle

Die starke örtliche Verwurzelung der Interviewperson im Stadtteil scheint auch mitbestimmend zu sein für sein politisches Handeln. Es wirkt, als habe er kein Interesse, die auch problematische Situation Marxlohs zu beschönigen: „Marxloh hört man halt immer wieder in in Kontexten nach dem Motto ‚oh, ganz schwieriges Pflaster da‘. Ja ist halt so ne. Ist zwar nicht so schön, aber ist halt so wie das ist.“ „Da bin ich Realist“. Seine Ansicht scheint von einer Haltung geprägt, die problematische Situation zu erkennen und mit dieser produktiv umgehen zu wollen. Migrant_innen aus Bulgarien und Rumänien bezeichnet er als „Neubürger“, die seiner Ansicht nach auch Anspruch auf Unterstützung haben. Was er jedoch nicht verstehen kann, ist rücksichtsloses und seiner Meinung nach sinnloses Handeln, das für ihn etwa in Sachbeschädigungen, einer Raserszene oder einem Angriff auf Feuerwehrleute im Einsatz zum Ausdruck kommt. Dabei erweckt er den Eindruck, sich in einem ‚Kampf‘ um den Stadtteil zu sehen, in dem etwa auch auf den Einsatz der Polizei zurückgegriffen, zugleich aber auch an Engagierte vor Ort appelliert wird, nicht aufzugeben: „Dann haben die doch gewonnen, ja, also das können wir nicht zulassen.“ Auch er selbst berichtet davon, dass es frustrierende Momente gebe, aber aufzugeben sei für ihn keine Option.

Er thematisiert kein einziges Mal eine Überlastung durch sein vielfältiges politisches Engagement, obwohl er auch berufstätig ist. Kennzeichnend für seine politische Haltung ist allem Anschein nach, dass Menschen nicht als Probleme zu betrachten sind und eine Erklärung für negative Zustände häufig in systematischen Zusammenhängen gesucht wird. Dies findet jedoch seine Grenzen in rücksichtslosem Handeln, für

das er kein Verständnis aufbringen kann. Das Wohlergehen einer angenommenen Gemeinschaft scheint dabei die Richtschnur seines politischen Handelns zu sein. Dabei sieht er sich offenbar als Repräsentant dieser und zieht draus die Legitimation für seine politische Arbeit.

Das Voranbringen des heute von außen vielfach als problematisch wahrgenommenen Stadtteils, mit dem er aber aufgrund eigener Sozialisationserfahrungen viel Positives verbindet positiv, scheint zentrales Motiv für sein Engagement in den unterschiedlichsten lokalpolitischen Gremien zu sein. In diesen bewegt er sich offenbar mit großer Sicherheit. Seine Sprache (sonst stark ‚ruhrdeutsch‘ geprägt) ist dabei teilweise von Fachbegriffen aus der Verwaltungssprache wie etwa ‚abpollern‘ oder ‚entwidmen‘ durchsetzt.

Engagement im Projekt Jugend für Politik gewinnen

Die Interviewperson hat die Chance, mit den Jugendlichen ins Gespräch zu kommen, direkt ergriffen („Dat müsse machen, auf jeden Fall.“ Seine eigene Rolle in diesem Prozess der Gestaltung des schulnahen Umfeldes sieht er offenbar in der eines Übersetzers und fachkundigen Unterstützers. So versuchte er den Schüler_innen die nötigen lokalpolitischen Prozesse nahe zu bringen oder wies die Schule auf Fördermöglichkeiten für die Errichtung eines Pavillons hin. Ebenfalls versuchte er die Distanz zwischen Verwaltung und Jugendlichen dadurch zu überbrücken, dass er einen Mitarbeiter der Stadtverwaltung ansprach, mit Plänen zur Umgestaltung des Stadtteils in die Schule zu kommen und diese mit den Schüler_innen zu besprechen. Auch wenn Vorschläge nicht mit den Erwartungen der Schüler_innen zusammenpassen, lässt er sich nicht entmutigen, sondern hat den Anspruch, diese Realitäten anzuerkennen und die Arbeit fortzusetzen: „Ich dachte, ich hätte da jetzt den Brüller da auf meiner Seite, hatte ich jetzt dann nicht gehabt ja. Und naja gut, muss man dann auch nehmen wie dat letztendlich dann auch ist“. Auch hier scheint ein gewisses Beharrungsvermögen durch, das offenbar auch sein politisches Handeln prägt.

Sicht auf junge Menschen

Er sieht auf der Seite der Jugendlichen durchaus Defizite, insbesondere was ihre Informiertheit angeht. Um über lokale Ereignisse informiert zu sein, sei es notwendig, eine Lokalzeitung zu lesen („Nicht die Bildzeitung, sondern die Tageszeitung“), was seiner Meinung nach aber kaum ein Jugendlicher tue. Dies deutet auf ein recht kon-

ventionelles Bild der politischen Meinungs- und Urteilsbildung hin. Jedoch gibt es auch eine gewisse Offenheit für neue Medien, etwa wenn er anmerkt, dass es durchaus eine Möglichkeit sei, Verwaltungsentscheidungen bei Facebook zu thematisieren. Auch ein langfristiges Engagement vermisst er bei den Jugendlichen, insbesondere, da politische Prozesse zeitintensiv und langfristig seien. Demgegenüber seien politische Debatten im Netz seiner Ansicht nach häufig von kurzfristigem Interesse geprägt: „Bestenfalls so Einzelthemen, die irgendwo aufploppen mal“. Ein tiefergehendes Interesse, auch für seine eigene Partei, erwartet er im Grunde nicht; er wird deshalb auch möglicherweise nicht enttäuscht: „man interessiert sich für einzelne Projekte. Aber zu sagen ‚ich interessiere mich für das Grundsatzprogramm der SPD‘, auch wie ist das entstanden, das Godesberger Programm, was entwickelt sich daraus... Das wird nicht passieren, ja. Also da muss man realistisch sein“. Daher bleibt für ihn Kommunikation mit Jugendlichen die von ihm vorgeschlagene Möglichkeit, diese mit in politische Prozesse einzubeziehen, da sie mit konventionellen Gesprächsangeboten nicht zu erreichen seien: „wenn man einen Infostand irgendwo aufbaut, muss man ja nicht meinen, dass die hingeströmt kommen“.

Sicht auf das Projekt

Für die Interviewperson ist das Projekt eine „Win-Win-Situation“, sowohl für sich selbst als auch für die Schüler_innen. Für ihn eröffnet es die Möglichkeit, mit einer Gruppe von Menschen ins Gespräch zu kommen, deren Anliegen ihn nur selten erreichen. Andererseits könne er den Jugendlichen dabei helfen, ihre Ideen zu äußern, sie zu diskutieren und in den politischen Prozess einzubringen, wobei er auch auf seine gute lokalpolitische Vernetzung zurückgreifen könne. Dies habe zwar auch zur Folge, dass es Enttäuschungen bei den Jugendlichen gebe, aber dass andererseits auch durchaus etwas erreicht worden sei.

Fazit

Die Interviewperson entstammt offenbar einem traditionell sozialdemokratischen Milieu, aus dem er frühzeitig den Weg in die institutionalisierte Politik fand. Er verkörpert einen ‚(Lokal-) Politiker aus Berufung‘. In seinen Erzählungen kommt jedoch zum Ausdruck, dass sich sein Herkunftsmilieu mehr oder weniger auflöst und die heutigen Jugendlichen in anderen, aus seiner Sicht durchaus schwierigeren Verhältnissen aufwachsen. Für diese ist er zwar sensibel, denn er realisiert, dass die Jugendlichen

diese positiven Sozialisationserfahrungen, die auch Fragen der Berufsfindung und verlässlichen Lebensplanung umfassen und die Bindung an den Stadtteil unterstützen, nicht haben machen können. Aber hier könnte eine mögliche lebensweltliche Distanz bestehen, denn wirklich Hineindenken in die heutigen Lebenswelten Jugendlicher kann er sich nur bedingt. Sein politisches Handeln ist offenbar von einer Orientierung am Gemeinwohl geprägt; das Wohlergehen anderer Menschen ist ihm scheinbar unabhängig von ihrer Herkunft wichtig, auch wenn diese in seinen Erzählungen häufig passiv wirken. Gesellschaftlichen Entwicklungen hin zu Rücksichtslosigkeit in Bezug auf andere und die Gemeinschaft steht er verständnislos gegenüber. Dennoch ist sein politisches Handeln offenbar von großem Einsatz und Frustrationsresistenz geprägt; Aufgeben steht für ihn scheinbar nicht zur Debatte. In der Zusammenarbeit mit den Schüler_innen sieht er eine große Chance, mit diesen ins Gespräch zu kommen und sich selbst in der Rolle eines Übersetzers zu sehen. Für ihn besteht seine Aufgabe darin, diese dabei zu unterstützen, ihre Forderungen in den politischen Prozess zurück zu spiegeln. Gleichzeitig fordert er aber auch das Engagement der Schüler_innen.

4.3 Vergleich der Interviews

Die Interviewpersonen wurden unter anderem so ausgewählt, dass sie sich möglichst voneinander unterscheiden, um eine möglichst große Bandbreite von Haltungen und sozialen Einflussfaktoren in Bezug auf Haltungen zu Politik, zur jüngeren Generation und zum Beteiligungsprojekt der Jugendlichen in den Blick nehmen zu können. Auf den ersten Blick bestehen auch große, insbesondere sozialstrukturelle Unterschiede zwischen den beiden interviewten Personen, etwa bezüglich ihres Herkunftsortes (Großstadt im Ballungsgebiet vs. kleinere Stadt), des Geschlechts, der Generation, des (angestrebten) Berufs, wahrscheinlich des Herkunftsmilieus und der Parteizugehörigkeit. Es gibt aber auch Parallelen, wenn nämlich der Weg in die institutionalisierte Politik betrachtet wird. Hier fällt auf, dass in beiden Herkunftsfamilien eine Tradition der politischen Zugehörigkeit bzw. des Engagements bestand, der die Interviewten auch bei ihren eigenen politischen Handeln folgen und das in beiden Fällen in einer Vielzahl von unterschiedlichen (lokal-) politischen Institutionen stattfindet. Der Einfluss der familiären politischen Sozialisation scheint hier von hoher Bedeutung zu sein. Dadurch besteht zum einen eine enge und positive Bindung an die Stadt bzw.

den Stadtteil, zum anderen bewirkt dies eine Neigung und Berufung zur Mitwirkung an lokaler Politik und der Gestaltung des lokalen Nahraums. Dieses Interesse für den lokalen Nahraum soll auch bei den Jugendlichen von heute entstehen. Das Interesse, junge Menschen stärker in Politik einzubeziehen, ist bei beiden stark ausgeprägt, desgleichen die Wahrnehmung, dass dies ein schwerer Prozess ist, der ‚früher‘ offenbar einfacher oder selbstverständlicher war. Genau so wird festgestellt, dass politisches Engagement nicht mehr so häufig familiär vermittelt werde. Dabei sehen sie sich aufgerufen, insbesondere jungen Menschen bei der Umsetzung ihrer politischen Interessen mit ihren Kenntnissen und Verbindungen zu helfen. Allerdings kann in dieser Form der politischen und lokalen Sozialisation auch eine Distanz und ein gewisses „Nicht-Verstehen“ gegenüber Jugendlichen von heute begründet sein, für die eine solche positive Bindung an die Stadt bzw. den Stadtteil und die Lokalpolitik keineswegs selbstverständlich ist.

4.4 Schlussfolgerungen

Die beiden Interviews mit Lokalpolitiker_innen können sicher nur erste Einblicke geben. Dennoch sind bereits dadurch mögliche Strukturmuster deutlich geworden, die für den weiteren Verlauf wichtig sein können. Beide Lokalpolitiker_innen kommen (1) aus politisch engagierten Elternhäusern und sind von daher früh und positiv mit (lokaler) Politik in Berührung gekommen. Politik wurde also eher als „Heimspiel“ erfahren, und man traut sich zu, hier „mitzuspielen“. Für beide ist außerdem (2) die Stadt bzw. der Stadtteil weit gehend positiv besetzt. Beide Befragte haben (3) ein generelles Interesse an der jüngeren Generation, die man beim Aufbau einer positiven Bindung an das lokale Umfeld unterstützen will. Diese Motivlage hat bei beiden zum Interesse für die Beteiligungsprojekte geführt. Dabei werden die Erfahrungen damit grundsätzlich als positiv wahrgenommen; mögliche Barrieren und Erfahrungen gegenseitiger Fremdheit und Nicht-Verstehens werden aber durchaus auch gesehen.

Politische Bildung könnte hier anknüpfen, indem der Austauschprozess mit Lokalpolitiker_innen verstetigt wird, da nicht davon ausgegangen werden kann, dass einmalige punktuelle Berührungen zwischen jungen Menschen und Politiker_innen schon tiefgreifende Effekte zur Folge haben. Dabei könnten Politiker_innen von Ideen und Wünschen junger Menschen profitieren und diese auch im Sinne der Legitimation der eigenen Rolle in politische Prozesse einbringen. Die Jugendlichen könnten so bei der

Verfolgung ihrer Interessen unterstützt werden, wobei den Politiker_innen auch eine Art ‚Lots_innen-Funktion‘ zukäme, die bei komplexen demokratischen Entscheidungsprozessen Orientierung bieten und lohnende Ansatzpunkte aufzeigen könnten. Voraussetzung dafür ist es, eine Art „Kultur des Austauschs und der Begegnung“ zu etablieren, um solche nachhaltigen Wirkungen zu generieren.

5 Zusammenfassung und Empfehlungen

In der Gesamtbetrachtung des Projektes ‚Jugend für Politik gewinnen‘ ergibt sich ein positives Gesamtbild. Es lassen sich Faktoren des Gelingens, aber auch Herausforderungen identifizieren, die für die Bearbeitung der Distanz zwischen Jugendlichen und Politik als bedeutungsvoll erscheinen.

- Es ist ein Effekt im Hinblick auf erhöhte Sensibilität und Bereitschaft zur Partizipation bei den Teilnehmenden festzustellen. Projektteilnehmende erscheinen in den Befragungen als deutlich sensibler für die Relevanz verfasster politischer Partizipationsformen. Auch ist die Bereitschaft, sich selbst aktiv an politischen Diskussions- und Willensbildungsprozessen zu beteiligen deutlich höher.
- Die Teilnahme am Projekt hat offenbar dazu beigetragen, bestimmte Formen der öffentlichen Meinungsäußerung einzuüben. Dies trägt möglicherweise dazu bei, das für die öffentliche Äußerung eigener Vorstellungen und Interessen nötige Selbstvertrauen zu erhöhen.
- Besonders deutlich sind diese Effekte bei den sozial niedrig positionierten Gesamtschüler_innen. In der Vergleichsgruppe ist die Distanz zum Politischen besonders deutlich ausgeprägt. Hier kann das Projekt eine kompensatorische Wirkung entfalten und insbesondere stark von Ausschlussmechanismen betroffenen jungen Menschen Möglichkeiten der politischen Partizipation aufzeigen. Desgleichen scheint das Projekt geeignet zu sein, an die Teilnahme am politischen Prozess heranzuführen und auch persönliche Haltungen in Richtung von Selbstwirksamkeitserwartungen zu verändern („Empowerment“).
- Die einzelnen Projekte konnten an bereits vorhandene artikulierte politische Interessen der Teilnehmenden anknüpfen. Dies war ein wichtiger Grund für die Teilnahme. Das bedeutet auch, dass es für die erfolgreiche Durchführung der Projekte von großer Bedeutung ist, sich weiterhin an den Interessen der Teilnehmenden zu orientieren und sie in die Gestaltung des Prozesses mit einzubeziehen. Für eine Weiterarbeit bedeutet dies aber auch, sich mit der Ansprache von nicht explizit politisch interessierten Schüler_innen auseinander zu setzen, um Prozessen des Selbstausschlusses entgegen zu wirken.

- Die Teilnehmenden attestierten dem Projekt einen Beitrag zu höherem Wissen um politische Prozesse und schätzen insbesondere den Unterschied zum üblichen Unterricht. Diese Form der pädagogischen Interaktion hat wahrscheinlich großen Anteil an der ganz überwiegend positiven Einschätzung des Projektes.
- Die Begegnung mit Institutionen des politischen Feldes löste bei den Teilnehmenden einerseits zum Teil gestiegenes Interesse aus. Andererseits war das offenbar aber auch mit irritierenden Fremdheitserfahrungen verknüpft („Politik als Auswärtsspiel“). Hier bestätigt sich die „Entfremdungsthese“ von Jugend und Politik „im engeren Sinn“, die aus einer Trennung von „Professionellen“ und „jugendlichen Laien“ mit hervorgehen kann. Insgesamt liefert beides zusammen aber gute Anknüpfungspunkte für pädagogisches Handeln und weitergehende Lernprozesse. Besonders wichtig erscheint es, die Erfahrungen der Jugendlichen im weiteren Verlauf zum Gegenstand zu machen.
- Dazu kommt, dass die Teilnehmenden Exkursionen gegenüber sehr positiv eingestellt sind. Als Methode fördert das die Motivation, am Projekt teilzunehmen und das auch für andere junge Menschen attraktiv zu machen.
- Das Zusammentreffen mit Akteur_innen des politischen Feldes erfordert eine intensive pädagogische Vorbereitung, Begleitung und Nachbereitung. Insbesondere sollte Augenmerk auf bestehende „habitusbezogene“ Distanzen und einen produktiven Umgang mit diesen gelegt werden. Das ermöglicht es zu einem beiderseitigen Profitieren von Begegnungen zu kommen und die besonderen Kompetenzen der politischen Entscheidungsträger_innen für die Interessen der Teilnehmenden noch stärker nutzbar zu machen. Hier ist eine Verstärkung des Kontaktes und der Zusammenarbeit ratsam. Einmalige Begegnungen dürften gerade bei tiefer sitzender Distanz wenig Wirkung haben.
- Aus den Interviews mit den Politiker_innen lässt sich (1) der offenbar starke Einfluss der familialen politischen Sozialisation als auffälliges Ergebnis ableiten. Es bestätigt sich, dass die Weichen zu politischer Aktivität und Nicht-Aktivität früh gestellt werden mit der Gefahr einer sich verselbständigenden Trennung in „Experten“ und „Laien“. Auf Seiten der Politik ist hier wichtig, möglichen Schließungen (die gar nicht intendiert sein müssen) entgegen zu

wirken und systematisch Öffnungen in Form von Beteiligungsmöglichkeiten für „jugendliche Laien“ bereit zu halten, auch wenn diese möglicherweise den politischen Betrieb „stören“. Die durchgeführten Projekte können ein Beispiel dafür sein.

- Verbunden mit der familialen Sozialisation ist (2) das subjektive Gefühl der Neigung und „Berufung“ zur Mitwirkung an lokaler Politik und der Gestaltung des lokalen Nahraums. Hier gilt es zu berücksichtigen, dass dieses Selbstbewusstsein bei „jugendlichen Laien“ nicht vorausgesetzt werden kann.
- Hinzu kommt (3) bei den Politiker_innen eine hohe positive Bindung an den lokalen Raum, die auf eigener biographischer Erfahrung beruht. Das kann einerseits eine tragfähige Grundlage für das Einbeziehen und Mitwirken der Schüler_innen sein, wenn diese ähnliche Sozialisationserfahrungen in der Stadt/im Stadtteil machen. Andererseits kann man aber gerade das nicht voraussetzen, da soziale und ethnische Herkunft sowie Lebenslagen und Zukunftsperspektiven Jugendlicher heute ganz anders sein können (Beispiel Marxloh). Auch hier können Quellen für gegenseitiges „Nicht-Verstehen“ liegen, die im Rahmen der Projekte beiderseitig bearbeitet werden können.
- Dabei muss aber auch in Betracht gezogen werden, dass unterschiedliche Sozialisationserfahrungen zu Distanzen beitragen können, die eine kontinuierliche Bearbeitung notwendig machen. Auf allen Seiten scheint dafür eine hohe Bereitschaft vorhanden zu sein, auf die im Kontext der politischen Bildung verstärkt zurückgegriffen werden kann.

6 Literatur

- Bourdieu, Pierre (2001): Das politische Feld. Zur Kritik der politischen Vernunft. Konstanz: UVK.
- Bremer, Helmut (2008): Das „politische Spiel“ zwischen Selbstausschließung und Fremdausschließung. In: Außerschulische Bildung, Heft 3/2008, S. 266-272
- Bremer, Helmut/Ludwig Felix (2014): Helmut Bremer, Felix Ludwig. 2014. Abschlussbericht der wissenschaftlichen Begleitung des Projektes „Jugend für Politik gewinnen. Online unter: <https://www.politische-bildung.nrw.de/imperia/md/content/projekte/2.pdf>
- Bremer, Helmut/Ludwig, Felix (2015): Inklusion und Exklusion im politischen Feld. Einsichten und Einblicke aus der Perspektive Bourdieus.“Journal für politische Bildung, Nr. 1: 28-37.
- Calmbach, Marc/Thomas, Peter Martin/Borchard, Inga/Flaig, Bodo (2012): Wie ticken Jugendliche? 2012. Lebenswelten von Jugendlichen im Alter von 14-17 Jahren in Deutschland. Düsseldorf: Haus Altenberg.
- Crouch, Colin (2008): Postdemokratie. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Neugebauer, Gero (2007): Politische Milieus in Deutschland. Bonn: Dietz.
- Shell Deutschland Holding (Hg.): Jugend 2010. Eine pragmatische Generation behauptet sich. Frankfurt/M., S. 130-164.
- Schneekloth, Ulrich (2010): Jugend und Politik. In: Shell Deutschland Holding (Hg.): Jugend 2010. Eine pragmatische Generation behauptet sich. Frankfurt/M., S. 130-164.
- Vester, Michael (2001): Milieus und soziale Gerechtigkeit. Der Wandel der Mentalitäten und die Krise der Repräsentation. In: Korte, Karl-Rudolf/Weidenfeld, Werner (Hrsg.): Deutschland-Trendbuch. Opladen, S. 136–183
- Zeuner, Christine (2010): Aufgaben und Perspektiven der Erwachsenenbildung in einer demokratischen Gesellschaft. In: Aufenanger, Stefan/Hamburger, Franz/Ludwig, Luise/Tippelt, Rudolf (Hrsg.): Bildung in der Demokratie. Beiträge zum 22. Kongress der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft. Opladen: Budrich, S. 169-187.

7 Anhang

7.1: Fragebogen für Teilnehmende

Universität Duisburg-Essen
 Fachgebiet Erwachsenenbildung/Politische Bildung



Offen im Denken

felix.ludwig@uni-due.de

Telefon: 0201/183 2771

Professor Dr. Helmut Bremer
 Dipl. Päd. Felix Ludwig

Liebe Schülerin, lieber Schüler,
 mit diesem Fragebogen wollen wir herausfinden, wie das Projekt „Jugend für Politik gewinnen“, an dem Du teilnimmst, ankommt. Wir möchten erfahren, ob man damit bei Schülerinnen und Schülern Interesse wecken und wo man vielleicht etwas am Projekt verbessern kann. Wir bitten Dich deshalb, mitzumachen und die Fragen zu beantworten. Das bleibt natürlich anonym, d.h. Dein Name wird an niemanden weiter gegeben.

- kreuze bitte **eine** Antwortmöglichkeit an
- hier kannst Du **mehrere** Antwortmöglichkeiten ankreuzen
- ___ hier kannst Du etwas **schreiben**

1) Wie alt bist Du?	2) Gib bitte Dein Geschlecht an	3) Was für eine Schule besuchst Du?	4) In welcher Jahrgangsstufe?	
_____Jahre	_____	<input type="checkbox"/> Realschule <input type="checkbox"/> Gesamtschule <input type="checkbox"/> Gymnasium	<input type="checkbox"/> 8 <input type="checkbox"/> 9	<input type="checkbox"/> 10 <input type="checkbox"/> 11
5) Sind Dein Vater oder Deine Mutter in einem anderen Land als Deutschland geboren?				
<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein				
6) Hast Du zu Hause ein eigenes Zimmer oder teilst du es dir mit Geschwistern/anderen Kindern?				
<input type="checkbox"/> Ich habe ein eigenes Zimmer <input type="checkbox"/> Ich teile mir ein Zimmer mit Geschwistern/anderen Kindern				
7) Angenommen Du möchtest politisch in einer Sache, die Dir wichtig ist, Deine Meinung zum Ausdruck bringen. Welche Möglichkeiten kommen für Dich in Frage und was hast Du schon getan? Bitte kreuze <u>in jeder Zeile ein Kästchen an.</u>				
	Habe ich bereits gemacht.	Könnte ich mir vorstellen.	Würde ich nicht tun.	Ich weiß nicht, was das ist.
Mich an Wahlen beteiligen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Absichtlich nicht zur Wahl gehen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Briefe an Politikerinnen/Politiker schreiben	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Mich in einer öffentlichen Versammlung an einer Diskussion beteiligen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Mich in der SchülerInnenvertretung (SV) engagieren	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Meine Meinung im Internet äußern	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
In eine Partei eintreten und dort aktiv mitarbeiten	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

In einer Bürgerinitiative mitarbeiten	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Eine Organisation mit Geldspenden unterstützen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> <i>Es geht auf der nächsten Seite noch weiter</i>
	Habe ich bereits gemacht.	Könnte ich mir vorstellen.	Würde ich nicht tun.	Ich weiß nicht, was das ist.
Mich an einer Unterschriftenaktion beteiligen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
An einer Online-Petition teilnehmen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
An einer genehmigten Demonstration teilnehmen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
An einem Streik teilnehmen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Ein Graffiti sprühen oder Sticker kleben	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
An einem Flashmob teilnehmen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
8) Was glaubst Du, wer bestimmt in der Gesellschaft?		9) Was glaubst Du, wer bestimmt in deiner Stadt?		
<input type="radio"/> die Regierung <input type="radio"/> die Unternehmen <input type="radio"/> die Parteien <input type="radio"/> die Banken <input type="radio"/> die Einwohnerinnen und Einwohner <input type="radio"/> jemand anderes _____ <input type="radio"/> weiß ich nicht		<input type="radio"/> die Bürgermeisterin/der Bürgermeister <input type="radio"/> die Unternehmen <input type="radio"/> der Stadtrat <input type="radio"/> die Einwohnerinnen und Einwohner <input type="radio"/> jemand anderes _____ <input type="radio"/> weiß ich nicht		
10) Informierst Du Dich über das, was in der Welt passiert? Wenn ja, wodurch?				
<input type="radio"/> Tageszeitung <input type="radio"/> andere Zeitungen/Zeitschriften <input type="radio"/> Gespräche mit meinen Eltern <input type="radio"/> Gespräche mit Freunden/Bekanntem		<input type="radio"/> Online-Nachrichtenportale (z.B. Spiegel-Online...) <input type="radio"/> über Blogs <input type="radio"/> anders, und zwar _____ <input type="radio"/> gar nicht		
11) Manche Menschen engagieren sich oder setzen sich für andere ein. Wie ist das bei Dir?				
<input type="checkbox"/> ja, mache ich, und zwar _____ <input type="checkbox"/> nein, tu ich nicht				
12) Was meinst Du, können Menschen wie Du Einfluss darauf nehmen, was in der Gesellschaft und in der Politik passiert?				
<input type="checkbox"/> ja, sehr viel <input type="checkbox"/> eher ja, manchmal		<input type="checkbox"/> eher nein, nur ganz selten <input type="checkbox"/> nein, gar nicht		
Stimmst Du den folgenden Aussagen zu?				
13) Für mich gibt es wichtigere Dinge, als mich um Politik zu kümmern.	14) Es ist egal, welche Partei gewählt wird, es ändert sich doch nichts.		15) Die meisten Menschen, die im Leben nichts erreichen, sind selbst schuld.	
<input type="checkbox"/> stimme überhaupt nicht zu <input type="checkbox"/> stimme eher nicht zu <input type="checkbox"/> stimme eher zu <input type="checkbox"/> stimme ganz zu	<input type="checkbox"/> stimme überhaupt nicht zu <input type="checkbox"/> stimme eher nicht zu <input type="checkbox"/> stimme eher zu <input type="checkbox"/> stimme ganz zu		<input type="checkbox"/> stimme überhaupt nicht zu <input type="checkbox"/> stimme eher nicht zu <input type="checkbox"/> stimme eher zu <input type="checkbox"/> stimme ganz zu	
16) Wie ist es dazu gekommen, dass Du am Projekt „Jugend für Politik gewinnen“ teilnimmst?				
<input type="radio"/> mich interessiert das Thema <input type="radio"/> Freundinnen/Freunde haben mir davon erzählt <input type="radio"/> ich bin von einer Lehrerin/einem Lehrer darauf		<input type="radio"/> es ist Teil meines Unterrichtes		

angesprochen worden		o anders, und zwar _____	
17) Hast Du im Projekt Politikerinnen oder Politiker getroffen? <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein		18) Wenn ja, was war Dein Eindruck von ihnen? Sie haben sich für unser Anliegen interessiert <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein Ich habe sie gut verstanden <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein Sie haben mir geholfen, Politik besser zu verstehen <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein o etwas anderes _____	
19) Was gefällt Dir am Projekt am besten? <input type="checkbox"/> die Menschen in der Gruppe <input type="checkbox"/> das eigenständige Arbeiten <input type="checkbox"/> das Team, das mit uns arbeitet <input type="checkbox"/> es ist anders als der Unterricht <input type="checkbox"/> etwas anderes _____		20) Gibt es etwas, was Dir am Projekt gar nicht gefällt? <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja, und zwar _____	
21) Was glaubst Du, werdet Ihr mit dem Projekt erreichen? _____ _____			
22) Zeichne bitte deine Hand auf das Blatt und schreibe deine Meinung über das Projekt insgesamt in die einzelnen Finger und die Handfläche, und zwar so:			
Daumen Das war besonders gut im Projekt Zeigefinger Das könnte man anders oder besser machen Mittelfinger Das war richtig schlecht im Projekt	Ringfinger Die Stimmung im Projekt war... Kleiner Finger Das ist mir zu kurz gekommen Handfläche Das nehme ich mit		

Hier ist Platz für Deine Hand

Jetzt hast Du's geschafft. Vielen Dank fürs Mitmachen. 😊

7.2 Fragebogen für Nicht-Teilnehmende

Universität Duisburg-Essen
Fachgebiet Erwachsenenbildung/Politische Bildung

Professor Dr. Helmut Bremer
Dipl. Päd. Felix Ludwig

Liebe Schülerin, lieber Schüler,

Mit diesem Fragebogen möchten wir etwas über Deine Ansichten zu Politik herausfinden und Deine Antworten mit denen anderer Schülerinnen und Schüler vergleichen.

Wir bitten Dich deshalb, mitzumachen und die Fragen zu beantworten. Das bleibt natürlich anonym, d.h. Dein Name wird an niemanden weiter gegeben.

- kreuze bitte **eine** Antwortmöglichkeit an
- hier kannst Du **mehrere** Antwortmöglichkeiten ankreuzen
- ___ hier kannst Du etwas **schreiben**



Offen im Denken

felix.ludwig@uni-due.de

Telefon: 0201/183 2771

1) Wie alt bist Du?	2) Gib bitte Dein Geschlecht an	3) Was für eine Schule besuchst Du?	4) In welcher Jahrgangsstufe?	
_____ Jahre	_____	<input type="checkbox"/> Realschule <input type="checkbox"/> Gesamtschule <input type="checkbox"/> Gymnasium	<input type="checkbox"/> 8 <input type="checkbox"/> 9	<input type="checkbox"/> 10 <input type="checkbox"/> 11
5) Sind Dein Vater oder Deine Mutter in einem anderen Land als Deutschland geboren?				
<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein				
6) Hast Du zu Hause ein eigenes Zimmer oder teilst du es dir mit Geschwistern/anderen Kindern?				
<input type="checkbox"/> Ich habe ein eigenes Zimmer <input type="checkbox"/> Ich teile mir ein Zimmer mit Geschwistern/anderen Kindern				
7) Angenommen Du möchtest politisch in einer Sache, die Dir wichtig ist, Deine Meinung zum Ausdruck bringen. Welche Möglichkeiten kommen für Dich in Frage und was hast Du schon getan? Bitte kreuze <i>in jeder Zeile ein Kästchen an.</i>				
	Habe ich bereits gemacht.	Könnte ich mir vorstellen.	Würde ich nicht tun.	Ich weiß nicht, was das ist.
Mich an Wahlen beteiligen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Absichtlich nicht zur Wahl gehen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Briefe an Politikerinnen/Politiker schreiben	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Mich in einer öffentlichen Versammlung an einer Diskussion beteiligen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Mich in der SchülerInnenvertretung (SV) engagieren	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Meine Meinung im Internet äußern	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
In eine Partei eintreten und dort aktiv mitarbeiten	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
In einer Bürgerinitiative mitarbeiten	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
	Habe ich bereits gemacht.	Könnte ich mir vorstellen.	Würde ich nicht tun.	Ich weiß nicht, was das ist.
Eine Organisation mit Geldspenden unterstützen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Mich an einer Unterschriftenaktion beteiligen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
An einer Online-Petition teilnehmen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
An einer genehmigten Demonstration teilnehmen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
An einem Streik teilnehmen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Ein Graffiti sprühen oder Sticker kleben	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
An einem Flashmob teilnehmen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
8) Was glaubst Du, wer bestimmt in der Gesellschaft?		9) Was glaubst Du, wer bestimmt in deiner Stadt?		

<input type="radio"/> die Regierung <input type="radio"/> die Unternehmen <input type="radio"/> die Parteien <input type="radio"/> die Banken <input type="radio"/> die Einwohnerinnen und Einwohner <input type="radio"/> jemand anderes _____ <input type="radio"/> weiß ich nicht	<input type="radio"/> die Bürgermeisterin/der Bürgermeister <input type="radio"/> die Unternehmen <input type="radio"/> der Stadtrat <input type="radio"/> die Einwohnerinnen und Einwohner <input type="radio"/> jemand anderes _____ <input type="radio"/> weiß ich nicht	
10) Informierst Du Dich über das, was in der Welt passiert? Wenn ja, wodurch?		
<input type="radio"/> Tageszeitung <input type="radio"/> andere Zeitungen/Zeitschriften <input type="radio"/> Gespräche mit meinen Eltern <input type="radio"/> Gespräche mit Freunden/Bekanntem	<input type="radio"/> Online-Nachrichtenportale (z.B. Spiegel-Online...) <input type="radio"/> über Blogs <input type="radio"/> anders, und zwar _____ <input type="radio"/> gar nicht	
11) Manche Menschen engagieren sich oder setzen sich für andere ein. Wie ist das bei Dir?		
<input type="checkbox"/> ja, mache ich, und zwar _____ <input type="checkbox"/> nein, tu ich nicht		
12) Was meinst Du, können Menschen wie Du Einfluss darauf nehmen, was in der Gesellschaft und in der Politik passiert?		
<input type="checkbox"/> ja, sehr viel <input type="checkbox"/> eher ja, manchmal	<input type="checkbox"/> eher nein, nur ganz selten <input type="checkbox"/> nein, gar nicht	
13) Stimmst Du den folgenden Aussagen zu?		
Für mich gibt es wichtigere Dinge, als mich um Politik zu kümmern. <input type="checkbox"/> stimme überhaupt nicht zu <input type="checkbox"/> stimme eher nicht zu <input type="checkbox"/> stimme eher zu <input type="checkbox"/> stimme ganz zu	Es ist egal, welche Partei gewählt wird, es ändert sich doch nichts. <input type="checkbox"/> stimme überhaupt nicht zu <input type="checkbox"/> stimme eher nicht zu <input type="checkbox"/> stimme eher zu <input type="checkbox"/> stimme ganz zu	Die meisten Menschen, die im Leben nichts erreichen, sind selbst schuld. <input type="checkbox"/> stimme überhaupt nicht zu <input type="checkbox"/> stimme eher nicht zu <input type="checkbox"/> stimme eher zu <input type="checkbox"/> stimme ganz zu

Jetzt hast Du's geschafft. Vielen Dank fürs Mitmachen. 😊

7.3 Leitfaden für Politiker_inneninterviews

Ich freue mich sehr, dass Sie sich bereit erklärt haben, für das Interview zur Verfügung zu stehen. Ich bin zuständig für die wissenschaftliche Begleitung des Projektes ‚Jugend für Politik gewinnen‘, in dem Sie hier mitgewirkt haben. In der ersten Runde der wissenschaftlichen Begleitung haben wir in erster Linie die Haltungen der Schülerinnen und Schüler in den Blick genommen. In der jetzt stattfindenden Runde geht es auch darum, die beteiligten Politikerinnen und Politiker einzubeziehen, also auch die Schnittstelle zwischen Jugendlichen und Politikerinnen und Politikern zu betrachten. Damit sollen auch Aspekte einer gelingenden Zusammenarbeit aufgespürt werden. Wenn Sie nichts dagegen haben, würde ich das Gespräch gerne aufzeichnen. Es ist immer schwierig, aufmerksam zuzuhören und gleichzeitig mitzuschreiben. Ihr Name wird nicht genannt.

Vielleicht fangen Sie erstmal an, über ihre **Erfahrungen** in dem Projekt zu erzählen und ich frage nach, wenn mir etwas unklar oder besonders interessant erscheint.

Wie ist es zu der **Zusammenarbeit** gekommen?/Was haben Sie von dem Projekt **erwartet**?

Was ist Ihr **Eindruck von Schülerinnen und Schülern**? Wie gestaltet sich die Zusammenarbeit? Fehlt den Schüler_innen etwas? Was müsste **Politik** anders machen?

Was hat aus Ihrer Sicht besonders **gut geklappt**? Was könnte man besser machen?

Welche **Rolle** spielen die Lehrer_innen und Teamer_innen?

Was glauben Sie, ist der **Effekt** der Zusammenarbeit, gerade im Hinblick auf das Ziel, die Distanz zwischen Jugendlichen und ‚der Politik‘ im engeren Sinne zu verringern?

Wie war das bei **Ihnen persönlich**, wie ist es bei Ihnen dazu gekommen, sich politisch zu engagieren?

Jugend? Besondere Anlässe oder Personen? Ein Unterschied zu heute?

Was ist noch geplant?